: antifaschistische nachrichten

Nr. 3

g 3336 10.2.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Erneuter Prozess

Bad Oeynhausen/Vlotho. Die Zeitschrift „Stimme des Gewissens“ des „Collegium Humanum e.V.“ in Vlotho mobilisiert erneut ihre Anhänger zu einem Gerichtstermin beim Amtsgericht in Bad Qeynhausen. Nachdem Schriftleiter Ernst Otto Cohrs und Ursula Haverbeck erst vor kurzem wegen „Volksverhetzung“ verurteilt wurden, steht nun am 22. März um 12 Uhr ein weiterer Prozess wegen „Volksverhetzung“ auf Grund eines Artikels in der Hauszeitschrift des Vereins an. Organisiert sind Cohrs und Haverbeck im „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV).

Unterdessen hat der selbsternannte „Nationalanarchist“ Peter Töpfer aus Berlin ein Komitee „Freiheit für Horst Mahler“ gegründet. Der war im Januar ebenfalls wegen „Volksverhetzung“ verurteilt worden und soll nun für neun Monate ins Gefängnis. Das „Komitee“ sammelt jetzt Spenden, um Mahler einen Juristen zu finanzieren, der ihn in einem Revisionsverfahren vertreten soll.

hma ■

Helau junge Preußen!

Düren. Der „Bund Junges Ostpreußen“, der verbandsanerkannte Nachwuchs der Landsmannschaft Ostpreußen, mit Sitz in der Hamburger Parkallee 84-86, berichtet in einer Pressemitteilung, dass das Präsidium des Festkomitees Dürener Karneval den BJO offiziell von der Teilnahme am Karnevalsumzug ausgeladen hat. Das Festkomitee sah sich zu diesem Schritt gezwungen, nachdem Antifa-Gruppen mit „Konsequenzen“ gedroht hatten, falls sich die als Elche kostümierten BJOler an dem karnevalistischen Sonntagsumzug beteiligen sollten.

In Viersen hingegen waren die „Elche“ ausdrücklich eingeladen worden.

kun ■

Inhalt:



Protest gegen Naziaufmärsche in Kiel und Leverkusen am 29.1. – Berichte Seite 4 und 5

Keiner will die V-Leute abschalten

Allgemeine Skepsis gegenüber neuem NPD-Verbotsverfahren

Die anhaltende Debatte über ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD ist überwiegend von Skepsis geprägt. „Wenn ein erneuter Antrag scheitern würde, wäre dies ein Desaster“, erklärte der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Rainer Lingenthal. Diesen Triumph wolle man der NPD nicht gönnen. Ähnlich äußerten sich zahlreiche Politiker aller Bundestagsfraktionen wie Wolfgang Bosbach (CDU), Günther Beckstein (CSU), Cornelie Sonntag-Wolgast (SPD), Volker Beck (Grüne) oder Wolfgang Gerhardt (FDP).

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans Jürgen Papier, und sein Stellvertreter Winfried Hassemer hatten zuvor darauf hingewiesen, dass es weiter die Chance auf ein NPD-Verbot gebe, da der erste Prozess nur aus formalen Gründen eingestellt worden sei. Darin sah der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, einen „Wink mit dem Zaunpfahl“. Die Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Cornelie Sonntag-Wolgast (SPD), plädierte für die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung. „Hände weg von einer Neuauflage des NPD-Verbotsantrags, so gern wir alle diese Partei auch in den Orkus schicken würden“, mahnte sie. Die Aussicht auf eine Einleitung des Verfahrens in Karlsruhe wäre gering.

In Wahrheit würde ein neues Verbotsverfahren voraussetzen, dass der Verfassungsschutz seine Leute bei der NPD abschaltet. Schily, Beckstein und andere Innenminister haben jedoch wiederholt erklärt, dass sie dazu keinesfalls bereit sind.

Solange der Verfassungsschutz so tief in der rechtsextremen Partei drinsteckt wie bisher, kann man sich den Gang nach Karlsruhe sparen. Diese Verstrickung von Inlandsgeheimdienst und Neonazis war ja der Hauptgrund für das Scheitern des Verbotsantrags. Zudem braucht man für ein Verbot im zuständigen Senat des Bundesverfassungsgerichts eine Zwei-Drittel-Mehrheit, also mindestens 6:2 Stimmen. Schon eine Minderheit von drei Richtern kann den Erfolg eines Verfahrens blockieren. Dieses Risiko ist also bei Parteiverbotsverfahren höher als bei anderen Verfassungsklagen.

Ulla Jelpke, junge welt 1.2.2005 ■

Keine Ehrung für Volksverhetzer

DÜSSELDORF. Nach massiven Protesten sagte Düsseldorfs Oberbürgermeister Joachim Erwin (CDU) eine Veranstaltung ab, auf der der Stadtrat der Düsseldorfer „Republikaner", Jürgen Krüger, als „sichtbarer Ausdruck des Dankes für die langjährige Mitarbeit in zwei Bezirksvertretungen" eine Ehrennadel ausgehändigt werden sollte. Der bei den Stadtwerken beschäftigte Krüger war wenige Tage zuvor wegen „Volksverhetzung" zu einer Geldstrafe über 2000 Euro verurteilt worden. Krüger hatte in der Bezirksvertretung Stadtmitte geäußert: „Wenn das so weiter geht, haben wir irgendwann mehr Mahn- und Gedenkstätten in Deutschland als ermordete Juden". Geht es nach CDU und FDP soll die Vergabe städtischer Ehrenauszeichnungen künftig vom „Verfassungsschutz" abhängen.

Die wollen in einem Antragsentwurf künftig keine Ehrenauszeichnungen mehr an Personen vergeben, „die einer vom Verfassungsschutz beobachteten Partei / Gruppierung" angehören. Damit hätte man missliebige Linke gleich mit in den Sack gepackt. Dabei wäre es ein leichtes, jemandem eine Auszeichnung mit einer Stadtratsmehrheit von 75% wieder abzuerkennen, wenn dieser sich unwürdig verhalten hat. Denn diese Möglichkeit lässt die derzeitige „Satzung über Ehrenauszeichnungen" durchaus zu. *hma* ■

Seminar des „Collegium Humanum"

VLOTHO. Rund vierzig Personen haben am Wochenende 28.-30. Januar an einem Seminar zur „Entstehung und Bedeutung des Christentums in Mitteleuropa" teilgenommen. Neben Horst Mahler (mit dem originellen Titel: „Hat das Christentum Macht über die Germanen errungen, weil diese so dumm sind, oder liegt im Christentum eine Wahrheit, die erst die Germanen begriffen haben?") und dem ehemaligen Schweizer Waldorf-Lehrer Bernhard Schaub („Das Christentum ist dadurch geadelt, dass die Deutschen es erfasst haben") war wiederum auch der frühere Vorsitzende der Nationalistischen Front, Meinolf Schönborn, anwesend und spielte eine aktive Rolle. Gemeinsam mit einem „Kameraden" vertrieb er bei der Veranstaltung Produkte seines „Z-Versandes". Erwähnungswert weiterhin ein anthroposophischer Arzt, Thomas Meister, der früher in Köln lebte und jetzt in Kassel praktiziert sowie der aus der Gegend um Oldenburg in Niedersachsen kommende Verschwörungstheoretiker Werner Altnickel. Altnickel wurde 1997 der Deutsche Solarpreis verliehen. Nach Eigenangaben ist er seit 20 Jahren bei Greenpeace. *Jean Crement* ■

Ludendorffer in Dorfmark

FALLINGBOSTEL. Die Anhänger des „Bund für Gotterkenntnis" (Ludendorff e.V.) (BfG) führen aus Anlass des 140. Geburtstages des Generals Erich Ludendorff vom 25. bis 28. März eine „Ostertagung" in Fallingbostel-Dorfmark durch. Geplant sind neben Vorträgen u.a. zum Thema „Multikulturelle Gesellschaft – Bereicherung oder Gefährdung?" auch zwei „Volkstumsabende", die im Hotel „Deutsches Haus" und in der „Post" stattfinden sollen. Anmeldungen zu dieser Tagung nimmt ein Wolfgang Ratz aus Walsrode entgegen, der in der Vergangenheit schon BfG-Jugendtreffen organisiert hatte.

Erich Ludendorff (1865-1937) nahm 1923 am gescheiterten Hitler-Putsch in München teil. 1925 kandidierte er für die NSDAP für das Amt des Reichspräsidenten. Ab 1930 leitete er die deutschgläubige Religionsgemeinschaft „Deutschvolk", die später in „Bund für deutsche Gotterkenntnis (L)" umbenannt wurde und von Hitler als Religionsgemeinschaft anerkannt wurde. Ludendorffs Frau Mathilde veröffentlichte zahlreiche Bücher, in denen es von antisemitischen Verschwörungstheorien nur so wimmelt. Nach der Befreiung vom Faschismus reorganisierten sich die Ludendorff-Anhänger wieder und traten ab 1951 wieder öffentlich auf. 1961 wurde der BfG als „verfassungsfeindlich" verboten. Ein bayerisches Gericht hob 1977 das Verbot wegen „Verfahrensfehlern" wieder auf. Der BfG führt Veranstaltungen und Tagungen durch, organisiert Jugendtreffen und Sonnenwendfeiern und gibt die Zeitschrift „Mensch und Maß" heraus. *hma* ■

Kampf „ums Überleben"

BONN. Der „Verband deutscher Soldaten" (VdS) kämpft „ums Überleben", so der VdS-Ehrenvorsitzende Dr. Jürgen Schreiber, Generalmajor a.D., in einem Aufruf in der Dezember-Ausgabe der Verbandszeitschrift „Soldat im Volk". Nun komme „es darauf an, den uns feindlich Gesonnenen die Stirn zu bieten". „Nichts wäre falscher als die Meinung, durch Abspaltungen und Verbands-separatismus etwas retten zu können", so Schreiber, dessen Bücher u.a. von den extrem rechten Verlagen „Druffel" und „Vowinckel" herausgegeben wurden. In der Tat scheint es im VdS nach dem ausgesprochenen Kontaktverbot des Bundesverteidigungsministeriums wegen eines abgedruckten Artikels eines Neonazis aus den USA im Verbandsorgan heftig zu kriseln. Der Landesverband Bremen hat sich aufgelöst und der Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen hat beschlossen, „den Bezug von „Soldat im Volk" ab 1. Januar 2005 für seinen Bereich einzustellen". Nun bieten die Bundesgeschäftsstelle des VdS und der Bundesvorsitzende Max Klaar, zugleich Stiftungsrat der „Traditionsgemein-schaft Potsdamer Glockenspiel", allen bisherigen Beziehern in NRW an, die Zeitschrift separat zu abonnieren, damit der VdS nicht „noch mehr Schaden durch die momentane zeitgeistige Strömung hinnehmen muß". Insgeheim scheint man in der VdS-Spitze noch Hoffnung auf ein Ende der Eiszeit zu haben. So sei es dem VdS-Bundesvorsitzenden gelungen, „auf dem Wege der „leisen Diplomatie" wenigstens „einen kleinen Hoffnungsschimmer in Richtung der Aufhebung des Kontaktverbotes zu erreichen", verlautete es von einer Bundesvorstandssitzung im November vergangenen Jahres. Autoren der Dezember-Ausgabe des „Soldat im Volk" sind u.a. Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof, Referent u.a. bei diversen Burschenschaften und der „Deutschen Partei" und Götz Eberbach, auch Autor in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa". Abgedruckt werden auch wieder einige Texte aus der „Jungen Freiheit". *hma* ■

Wolfgang Venohr ist tot

BERLIN. Wolfgang Venohr ist im Alter von 79 Jahren am 26. Januar nach längerer Krankheit gestorben. Zuletzt war er noch als Autor und Förderer der extrem rechten „Jungen Freiheit“ in Erscheinung getreten. Im gleichen Zeitraum, also Anfang der 90er Jahre, war Venohr Mitglied der „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“. Davor publizierte Venohr in verschiedenen rechts-neutralistischen Zeitschriften, so Anfang der 60er Jahre in „Neue Politik“ und in den 70er Jahren in „wir selbst“. Ein weiterer Schwerpunkt lag im Auffinden und Berufen auf die preußischen Traditionen Deutschlands. Seine wichtigste Wirkungszeit lag in den 80er Jahren, wo er mit mehreren Eigenveröffentlichungen und Sammelbänden entscheidend zur sogenannten „Deutschlanddiskussion“ im nationalkonservativen und nationalrevolutionären Lager beitrug. *kun* ■

Holocaust-Leugnung soll straffrei werden

SLOWAKEI. Die Jüdische Gemeinde in der Slowakischen Republik hat einen offiziellen Protest an die Regierung gerichtet wegen Plänen des Justizministeriums, die Strafbarkeit der Leugnung des Holocaust aufzuheben. Dieser Plan soll im Februar im Rahmen einer umfassenden Reform des Strafrechts umgesetzt werden. Der Sprecher des Justizministeriums verlautbarte, das geltende Verbot stehe im Widerspruch zur Meinungsfreiheit. Der Sprecher der Jüdischen Gemeinde dazu: „Wenn man den Leuten in einem Land, in dem die meisten Menschen noch nicht einmal wissen, was der Holocaust ist, gestattet, die Ideen der Holocaust-Leugner zu verbreiten, beschwört man Ärger herauf.“ Widerstand gegen das Vorhaben gibt es nicht nur bei den Nachfolgern der Kommunistischen Partei, sondern auch innerhalb der Regierungskoalition. *jc* ■

„Helden“kult

SPANIEN. Am 16. Januar fand im spanischen Majadahonda die traditionelle Gedenkfeier spanischer Faschisten für die rumänischen Funktionäre der historischen Eisernen Garde, Ion Mota und Vasile Marin, statt. Beide waren als Freiwillige auf franquistischer Seite während des Bürgerkrieges gefallen und werden seither von den spanischen Faschisten als Märtyrer verehrt. Der Führer der heutigen, wieder belebten rumänischen Eisernen Garde, Nicolás Rosca, verwies erwartungsgemäß auf die „christlichen und patriotischen Ideale“ der beiden Freiwilligen für den Faschismus. Außerdem waren aus Rumänien Vertreter der Noua Dreapta („Neue Rechte“) angereist, die

weiter Seite 6

Deutsche Partei kopflos

Palastrevolution bei der Deutschen Partei, Kappel abgesetzt, will auswandern

Dem eigenen Anspruch nach sollte das Brucker Neujahrstreffen das „nationale und freiheitliche“ Lager in München zusammenführen. Faktisch verkam die parteiübergreifende Saalveranstaltung am vergangenen Sonntag vor dreihundert Besuchern und einem ZDF-Kamerateam zu einer Beerdigungsfeier für den parteiförmigen Nationalliberalismus. Mit dieser Selbstbezeichnung kennzeichnen sich jene Grenzgänger am rechten Rand, die für einen autoritären, restriktiven Ordnungsstaat sowie eine von jeglicher Beschränkung freie Marktwirtschaft eintreten.

„Heiner Kappel wird im Wege der sofortigen Ordnungsmaßnahme seiner Ämter enthoben“. Mit dieser Erklärung demonstierte die neue Führung der Deutschen Partei (DP) ihren einstigen Vorsitzenden. Damit nicht genug, der einstige FDP-Abgeordnete wurde nicht nur abgewählt, sondern per einstimmigem Beschluss des Bundesvorstandes „aller Ämter enthoben“. Dem Beschluss haben sich laut Informationen eines Insiders auch die anwesenden Landesvorsitzenden aus 5 Bundesländern angeschlossen. Gegen den EX-Chef wurde außerdem ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet. Bis zum nächsten Parteitag führen die drei ehemaligen Stellvertreterinnen Claudia Wiechmann, Ulrich Pätzold und Eberhard Lehmann die Parteigeschäfte.

Nach dem Affront soll Kappel das Handtuch geworfen haben. Unbestätigten Meldungen zufolge wolle er sich aus der Politik verabschieden und auf sein Landgut in Frankreich zurückziehen.

Dem Beschluss vorausgegangen waren monatelange Querelen über die politische Orientierung der Kleinstpartei zwischen dem Vorsitzenden Kappel und der Mehrheit des Bundesvorstandes. Dabei stand Kappel zusammen mit dem REP-Vorsitzenden, Rolf Schlierer gegen eine Mehrheit innerhalb seiner eigenen Partei, die eine rechte Einheitsliste befürwortet und eine engere Anlehnung an die NPD wünscht.

Die Deutsche Partei geht zurück auf die 1866 gegründete regionalistisch-konservative Deutsch-Hannoversche Partei (DHP). Deren Blütezeit lag in den Jahren des Kalten Krieges, wo sie zwischen 1949 bis 1960 an der Adenauerregierung beteiligt war. Nachdem neun Abgeordnete zur CDU wechselten, konnte die DP trotz der Fusion mit der Partei der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) keine Sitze im Bundestag mehr erringen und verkam zur Regionalerscheinung. 1993 reaktivierte der später aus der FDP ausgetretene nationalliberale Heiner Kappel die brachliegende Parteistruktur. 2003 erfolgte der Zusammenschluss mit der DVU-Abspaltung „Freiheitliche Deutsche Volkspartei“ (FDVP) und eine Umbenennung in „Deutsche Partei – die Freiheitlichen“. Dennoch blieb der parlamentarische Achtungserfolg aus – lediglich drei Kommunalpolitiker: Helga Kaleveld (Landkreis Harburg), Herr Dr. Walter Elß und Frau Martina Wiener im Landkreis Anhalt-Zerbst) sitzen für die DP in den Kommunalparlamenten.

Doch nicht nur die Deutsche Partei, das ganze so genannte rechtskonservative Lager befindet sich gegenüber den Nationalen Sozialisten in der politischen Defensive. So hob die Deutsch Soziale Union (DSU) Anfang Dezember ihren Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der NPD auf. Es folgte Anfang des Jahres der ehemalige Hamburger Landesvorsitzende der REP, Thomas Nissen, der gleich den ganzen Landesverband unter der Bezeichnung „Unabhängige Republikaner“ zur NPD überführte.

So wird das politische Feld am rechten Rande der Union zunehmend übersichtlich und nach Informationen des „Neuen Deutschland“ droht nun selbst der geschrumpften Schillpartei ein Konkursverfahren. Die andere Nachfolgepartei des gefallenen Richters Gnadenlos verfügt zwar über ausreichende Geldmittel, ist aber dabei mit der Kür ihres Spitzenkandidaten für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein, Folker Küster (Vater von Dieter Bohlens Freundin Estefania) drauf und dran, ihren Kredit in der rechten Szene zu verspielen. In diesem Umfeld skurriler Einheitsfrontkämpfer sieht Wolfgang Bukow vom DP-Landesvorstand Bayern auch die „Deutsche Partei jetzt wieder voll im Rennen“. Wie aber der Akt der Selbstbehauptung im Zeitalter der Irrungen und Wirrungen ohne eine bekannte Führungspersönlichkeit und im Kielwasser der NPD gelingen soll, verschweigen er und die Deutsche Partei in ihren Verlautbarungen.

kun ■

sich ebenfalls auf die Ideologie der Eisernen Garde und ihres Führers Corneliu Codreanu beruft. Spanischer Partner ist wie in vergangenen Tagen die Falange, für die ihr Generalsekretär Felipe Pérez sprach. *jc* ■

Maßnahmen gegen Neonazis und Geschichtsrevisionisten

FRANKREICH. Der französische Innenminister will bestimmte rechtsextreme Gruppierungen verbieten, wie er am 1. Februar vor der Nationalversammlung erklärte. Bis Ende Februar, so Dominique de Villepin, sollen die dazu erforderlichen Beweise zusammengetragen werden. Die zukünftige Verbotsmaßnahme betrifft kleinere, gewalttätige bzw. gewaltbereite Gruppen oder Zusammenschlüsse. In einem jüngst veröffentlichten Bericht der Renseignements Généraux (die ungefähr den deutschen Verfassungsschutzämtern entsprechen), über den „Le Monde" am 24. Januar ausführlich berichtete, wird dieses Milieu auf 2.500 bis 3.000 Mitglieder und Sympathisanten landesweit geschätzt. Dabei ist die Rede von mehreren Strömungen oder Milieus: Skinheads (die in Frankreich seit den späten 80ern kaum eine politische Rolle spielen); „identitäre" Gruppen (wie der Bloc identitaire, die Nachfolgeorganisation der 2002 verbotenen Neonazigruppe Unité radicale); „Ultranationalisten" (etwa die antisemitische Splitterpartei Oeuvre française) und offene Neonazis (etwa die Reste der früheren Stiefelnazipartei PNFE) und Hooligans, die vor allem zu Sportereignissen mobilisieren.

Der Front National als rechtsextreme Großpartei ist von diesem Vorstoß des Ministers nicht betroffen. Villepin dazu vor dem Parlament: „Hinsichtlich extremer Äußerungen ist die Justiz zuständig. Lassen wir die Richter über den jüngsten Fall der Äußerungen von Jean-Marie Le Pen urteilen. Aber das ist nicht dasselbe wie die Neonazi-Bewegungen." Der Bloc identitaire drohte in Gestalt seines Wortführers Fabrice Robert bereits öffentlich damit, im Falle einer gesetzlichen Auflösung werde er „innerhalb weniger Woche unter anderer Form" wieder entstehen.

Der sozialdemokratische Politiker Dominique Strauss-Kahn, „DSK" (Finanzminister von 1997 und 99 und möglicher künftiger Präsidentschaftskandidat, sowie prominentes Mitglied der jüdischen Gemeinde) regte vorige Woche an, solchen Politikern das passive Wahlrecht zu entziehen, die wegen der Leugnung von Verbrechen gegen die Menschheit verurteilt worden sind. Diese Reaktion auf die jüngsten Auslassungen von Jean-Marie Le Pen, und davor Bruno Gollnisch, würde den FN-Chef auf jeden Fall betreffen. Denn Le Pens Äußerungen über die (angeblich offene) Frage der Existenz der Gaskammern als „Nebenumstand der Geschichte" von 1987 und 1997 wurden jeweils gerichtlich sanktioniert. Der Initiative von DSK widersprach sogleich der ehemalige konservative Premierminister Edouard Balladur, der das bestehende Gesetzesinstrumentarium für ausreichend erklärte. *BhS, Paris* ■

1000 Polizisten schützen 120 Neonazis

Leverkusener Stadtrat hält sich raus

Rund 400 Menschen demonstrierten am Samstag, 29. Januar, auf der Kundgebung des Aktionsbündnisses gegen den Aufmarsch der Neonazis und für eine bunte Welt ohne Faschismus und Rassismus. Das Leverkusener Aktionsbündnis gegen den Naziaufmarsch schreibt dazu:



Sowohl in kulturellen als auch in Redebeiträgen wurde auf neonazistische Strukturen in Leverkusen und der BRD aufmerksam gemacht. Wir empfinden es als Armutszeugnis, dass die politischen MandatsträgerInnen aus Leverkusen sich nicht an dem Protest beteiligten. An einer zeitgleich stattfindenden Demonstration gegen einen Naziaufmarsch in Kiel beteiligten sich rund 7.000 GegendemonstrantInnen, angeführt von allen städtischen VertreterInnen und der Ministerpräsidentin Heide Simonis. Warum gab es in Leverkusen nicht eine vergleichbare Beteiligung der Politik?



Das offene und parteiunabhängige „Leverkusener Aktionsbündnis gegen den Naziaufmarsch" hatte in den letzten Wochen immer wieder zur aktiven Teilnahme aufgefordert und wurde mit Desinteresse bis hin zu Verharmlosung von Rechtsextremismus konfrontiert.

Knapp 120 Neonazis zogen, angeführt von dem Bergheimer Neonazi Axel Reitz und dem bundesweit agierenden Neonazi Christian Worch durch die Leverkusener Innenstadt, geschützt von rund 1.000 PolizistInnen.

Die Neonazis liefen nicht durch verlassene Straßen ins Leere, wie es im Vorfeld durch den Polizeipräsidenten Erhorn postuliert worden war. Die Polizeiführung stellte den Neonazis eine Demonstrationsroute zur Verfügung, die mitten in der Wiesdorfer Innenstadt lag. Sie wurden erneut durch ein Wohngebiet gelotst, welches hauptsächlich von MigrantInnen bewohnt wird. Diese großzügigen Zugeständnisse der Leverkusener Polizei an die Neonazis und der Verzicht auf zumindest den Versuch eines Verbots dieser Demonstration im Vorfeld verurteilen wir hiermit erneut auf Schärfste.

Trotz allem gelang es den antifaschistischen GegendemonstrantInnen immer wieder, den Ablauf des Naziaufmarschs friedlich aber entschlossen zu verzögern oder zu stören. An fast jeder Ecke, die die Neonazis passierten, konnten GegendemonstrantInnen Transparente gegen Nazis entrollen und den Rechtsradikalen mit Sprechchören zu verstehen geben, dass sie nicht erwünscht sind.

Die Polizei nahm im Verlauf der Proteste ohne erkennbaren Anlass zehn GegendemonstrantInnen fest, die am Nachmittag wieder freigelassen wurden. Über etwaige Ermittlungsverfahren können wir zur Zeit keine genauen Angaben machen. Sollte die Polizei Verfahren einleiten, fordern wir die sofortige Einstellung.

Wir fordern vom Leverkusener Stadtrat die Ausarbeitung eines Konzepts, wie Naziaufmärschen in Leverkusen zukünftig begegnet werden soll.

PM Leverkusener Aktionsbündnis gegen den Naziaufmarsch, 30.1.2005
Fotos: arbeiterfotografie ■

Dies ist unsere Stadt!

Pressemitteilung des Runden Tisches Kiel vom 29.1.2005

Trotz des enormen politischen Drucks, dem sich die OrganisatorInnen der vom Runden Tisch gegen Rassismus und Faschismus initiierten antifaschistischen Demonstration ausgesetzt sahen, trotz der von einflussreichen PolitikerInnen und der Polizei betriebenen Spaltungs- und Einschüchterungsversuche – die von verschiedenen Medien kritik- und verantwortungslos weitergetragen wurden – haben am 29.1. Tausende Menschen deutlich gemacht:

Dies ist unsere Stadt! Hier ist für Faschisten kein Platz! Wer ihnen den öffentlichen Raum zur Verfügung stellt, wird auf Widerstand stoßen.

Zwei Tage nach dem 60. Jahrestag der Befreiung des von den Hitlerfaschisten betriebenen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz wurde bekennenden Nationalsozialisten erlaubt, in unserer Stadt zu demonstrieren.

Ohne Not – und ohne auch nur den Versuch zu machen, dies mit entsprechenden Auflagen zu verhindern – haben ihnen die Ordnungsbehörden nahezu die gesamte Innenstadt zur Verfügung gestellt. Den AntifaschistInnen, auch ehemaligen Widerstandskämpfern, sollte dagegen – unter Androhung massiver Polizeigewalt – der Zugang zur Innenstadt verwehrt werden, wenn sie dort auch ihren Protest zum Ausdruck bringen wollten. Der Öffentlichkeit wurden zugunsten der Nazis zahlreiche Einschränkungen zugemutet.

Die Oberbürgermeisterin setzte die antifaschistische Demonstration mit dem Nazi-Aufmarsch gleich. Sie rief öffentlich dazu auf, den „linken und rechten Extremisten“ keine Beachtung zu schenken und „beiden Demonstrationen“ fernzubleiben. Mit diesem Abgesang auf die früher vielfach beschworene Zivilcourage hat Frau Volquartz dem Ansehen unserer Stadt Schaden zugefügt.

Das Gegen-Angebot einer „garantiert friedlichen“ Demonstration vom Landeshaus zur Nikolaikirche, an der die SpitzenpolitikerInnen aller Landtagsparteien teilnehmen würden (und nach deren Ende um 11 Uhr alle nach Hause gehen sollten), sollte den Runden Tisch in Misskredit bringen und die Beteiligung an der um 11.30 Uhr auf dem Wilhelmplatz beginnenden Demonstration gering halten.

Es hat alles nicht genutzt. Mit einem hohen Maß an Eigeninitiative haben Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt diesen Zumutungen die richtige Antwort gegeben: An die 10.000 Menschen nahmen an der Demonstration des Runden Tisches teil. Sie brachten damit auch den VeranstalterInnen, die seit vielen Jahren in Kiel kontinuierlich gegen faschistische und rassistische Umtriebe und Tendenzen arbeiten, das Vertrauen entgegen. Gerade SchülerInnen, denen Frau Volquartz besonders nahegelegt hatte, diese Demonstration zu meiden, haben sich beteiligt. Wichtige Organisationen der MigrantInnen waren vertreten. Zahlreiche GewerkschafterInnen haben es nicht dabei belassen, am frühen Morgen vom Landeshaus zur Nikolaikirche zu gehen. Sie sind anschließend zum Wilhelmplatz gekommen. IG Metall und ver.di hatten zu beiden Aktionen aufgerufen; Wolfgang Mädel, der Erste Bevollmächtigte der Kieler IG Metall, sprach auf der Kundgebung des Runden Tisches. Besonders beeindruckend war hier die Ansprache von Peter Gingold, der im französischen und italienischen Widerstand gegen den deutschen Faschismus gekämpft hat. Sein Aufruf, im Kampf gegen den wiederauflebenden Faschismus nicht nachzulassen, wird uns Verpflichtung bleiben. Nach Beendigung der Demonstration haben sich die meisten TeilnehmerInnen in die Innenstadt begeben und auch dort ihrem Protest gegen den Nazi-Aufmarsch Ausdruck verliehen. Hier entstanden noch spontane Demonstrationszüge.



Die Faschisten hatten etwa 300 AnhängerInnen ihrer mörderischen Ideologie zur Fahrt nach Kiel bewegen können. Nach einigen Stunden des Abwartens versuchte die Polizei mit Gewalt, unter Einsatz von Wasserwerfern, den Nazis einen Weg durch die Straßen Kiels zu bahnen. Das gelang nur auf der kurzen Strecke vom Hauptbahnhof über die Hummelwiese und die Hopfenstraße bis zur Herzog-Friedrich-Straße, dann mussten die Faschisten zum Bahnhof zurück geleitet werden, wo ihnen noch eine volksverhetzerische Kundgebung ermöglicht wurde.

Die antifaschistischen Demonstrationen waren ein großer Erfolg und eine Ermutigung für die demokratischen Kräfte. Am 29.1. wurde eine gute Grundlage für weitere Aktionen im Wahlkampf – „Keine Stimme den Faschisten!“ – und darüber hinaus geschaffen. *Für den Runden Tisch: Bettina Jürgensen, Alexander Hoffmann, Dietrich Lohse, Heino Schomaker*

Weitere Infos: http://nonazis.de.ki ■

„Antifaschistischer Ratschlag“ bringt Netzwerk gegen Rechts auf den Weg

Freiberg. Um den künftigen Umgang mit Rechtsextremisten zu diskutieren und die antifaschistische Arbeit vor Ort zu koordinieren, luden der Landesverband der PDS, zahlreiche Bündnispartner sowie Antifaschisten aus Sachsen am Sonnabend zum ersten sachsenweiten „Antifaschistischen Ratschlag“ in die Alte Mensa ein. Etwa 100 Gäste nahmen das Angebot an. Ziel des „Antifaschistischen Ratschlags“ ist es, ein Netzwerk zwischen all den Gruppen zu schaffen, die sich gegen rechtsorientierte Vereinigungen und Parteien wie die NPD zur Wehr setzen wollen, erklärte die Sprecherin für antifaschistische Politik im sächsischen Landtag, Kerstin Köditz aus Grimma. Dafür müsse auch die Öffentlichkeit sensibilisiert werden. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurde am Sonnabend beispielsweise über die Verzichtbarkeit von Naziläden oder die antifaschistische Arbeit vor Ort diskutiert. „Es ist vor allem wichtig, eine noch bessere Öffentlichkeitsarbeit zu leisten“, unterstrich Mitorganisatorin und PDS-Landtagsabgeordnete Elke Altmann. Man müsse dem rechten Gedankengut durch Informationen entgegentreten. „Geben die Rechten eine Zeitung heraus, dann müssen wir mit unseren Informationen an die Öffentlichkeit treten“, bekräftigte Volkmar Wölk aus Grimma. Die Vertreter der mehr als 20 teilnehmenden Gruppierungen, darunter der Verein Brennpunkt Brand-Erbisdorf, die DGB Jugend Sachsen und die DKP Sachsen, waren mit den Ergebnissen des Tages zufrieden. Im nächsten Jahr soll der 2. „Antifaschistische Ratschlag“ stattfinden.

Infotelefon Sachsenweit: 03437/999758; Regional: 037322/50623, Freie Presse, 30.1.05 ■

Kundgebung gegen neofaschistische Burschenschaft Germania

Am Samstag, den 22. Januar protestierten etwa 150 Hamburger Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen die „Reichsgründungsfeier" der neofaschistischen Burschenschaft Germania. Mit lautstarken Parolen und in mehreren Redebeiträgen wurde auf die braunen Verstrickungen des Referenten Prof. Höbelt hingewiesen. Ein Vertreter des AStA der Universität beleuchtete die Rolle des, im Referat gewürdigten, Georg von Schönerer: Er hatte als glühender Antisemit und großdeutscher Nationalist wesentlich Einfluss auf das rassistische politische Klima im Österreich der WK I Vorkriegszeit. Die Polizei hatte den Zugang zum „Germanenhaus" weiträumig abgesperrt. Mehrere Personen erhielten Platzverweise, als sie versuchten zur Veranstaltung im Burschenhaus zu gelangen. In ihrer Pressemitteilung erklärten die Organisatoren, auch in Zukunft offensiv gegen Burschenschaften und Salonfaschisten vorgehen zu wollen.

Fellow Traveller der Auschwitzleugner

Prof. Lothar Höbelt, welcher bei den Germanen zum Vortrag geladen war, ist seit Jahren in der extrem rechten Szene Österreichs und der BRD aktiv. Er gilt als „Vordenker der FPÖ" und bekennender Haider-Fan und schreibt für die „Junge Freiheit" und ihr österreichisches Pendant „Zur Zeit". Doch auch Kontakte nach weiter rechts scheut der Wiener a.o. Professor für Politik- und Verfassungsgeschichte nicht: 1998 verfasste er einen Beitrag für das Buch „1848 - Erbe und Verantwortung" herausgegeben von Otto Scrinzi und Jürgen Schwab. Erster ist ehemaliger SA-Sturmführer und FPÖ-Abgeordneter, der Zweite ist Burschenschafter, NPD-Mitglied und seit 1999 Redakteur der NPD-Partei-Zeitung „Deutsche Stimme". Selbst in einer Festschrift für den Auschwitzleugner David Irving von 1999 findet sich ein Beitrag von Lothar Höbelt. In einem Aufsatz nennt er das „KZ Buchenwald" eine „Sommerfrische" und in einem weiteren bezeichnet er den Raub jüdischen Eigentums nach 1938 euphemistisch als „Vermögenstransfer".

Wer ist die Burschenschaft Germania?

Die Gastgeber vertreten selbst im bundesweiten, reaktionären Dachverband, der völkischen Deutschen Burschenschaft (DB), eine rechts-außen Position. Das von den Germanen zusammen mit anderen Burschenschaften gebildete innerverbandliche Rechts-Kartell verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele: erstens die Bewahrung und die Förderung des „volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriffs" sowie eine explizite Feinderklärung nach Innen (gegen alles „undeutsche"). Zudem redet man der großdeutschen Expansion das Wort. Umstritten ist dabei lediglich, ob das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 oder gar 1939 zu fordern sei.

Vor diesem ideologischen Hintergrund orientierte sich die Germania Anfang der 70er Jahre an der NPD und es gab personelle Überschneidungen zu dem damaligen Hoffnungsträger der extremen Rechten. Mit dem Scheitern der NPD auf Bundesebene wurde erst wieder Ende der 80er Jahre mit den Republikanern eine Partei attraktiv für Verbindungsstudenten. 1989 waren 25 Studenten bei den Hamburger Republikanern organisiert, Germanen waren natürlich auch dabei. Nach Enttäuschungen über die ausbleibende Intellektualisierung der REPs, wandte sich die Burschenschaft Germania in den 90er Jahren stärker der sog. Neuen Rechten zu. Der Hamburger Leserkreis der rechtsextremistischen Jungen Freiheit, der so genannte „Hamburger Kreis" traf sich regelmäßig im Germanenhaus und lud namhafte Referenten der extremen Rechten zu Schulungen ein.

Anfang der 90er Jahre lud André Goertz, Landesvorsitzender der inzwischen verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), mit „Heil Euch Kameraden" zu Treffen in das Germanenhaus ein und Mitglieder der Burschenschaft Germania nahmen über das „Komitee für Freiwillige Reservistenarbeit Nord" (KON) an Wehrsportübungen teil. Ebenfalls in dieser Zeit war Rolf Leppert Bursche in der Sierichstraße 23 und zeitgleich Mitarbeiter des berüchtigten Nazianwalts Jürgen Rieger. Inzwischen lenkt er als Jurist und Alter Herr die Vereinsgeschäfte seiner Burschenschaft.

Inzwischen gibt es Anzeichen dafür, dass sich die Burschenschaft Germania, bestärkt durch die Wahlerfolge der NPD, wieder dieser ältesten und offen neofaschistischen Partei zuwendet. Im Jahr 2000 empfahl die NPD „national gesinnten Studenten" die Mitgliedschaft in der Germania und diese wiederum sandte potenziellen NPD-Mitgliedern Informationsmaterial zu. Bis April 2004 wohnte der Betreiber des offen neonazistischen Nordic-Hammer-Versandes bei den Germanen, er unterstützt das „Projekt Schulhof" aus dem Kreis der militanten Freien Kameradschaften. Mittels dieses Projektes sollten kostenlos CDs mit neofaschistischer Musik vor Schulen verteilt werden, bisher wurde dies von den Behörden allerdings verhindert.

Auch ein Vortragsabend der Germanen im vergangenen Jahr im Dezember richtete sich explizit an Interessierte aus NPD und Freien Kameradschaften: „60 Jahre Kesselschlacht in Halbe" war das Thema. An genau diesem Ort der letzten Schlacht des 2. Weltkrieges hatten militante Neonazis gerade einen Monat zuvor ein pathetisch-militantes Heldengedenken abgehalten.

Fanden die Burschenschaften in den 90er Jahren noch Erwähnung im jährlichen Hamburger Verfassungsschutzbericht, in NRW werden sie noch beobachtet, so kehrte sich dieses unter Schwarz-Schill ins Gegenteil: Der Germane Christian Brandes wurde gar hochschulpolitischer Sprecher der Schill-Partei und nutzte die Hamburger Bürgerschaft als Tribüne für seine anti-egalitäre und reaktionäre Propaganda.

Auch die Unileitung schweigt seit Jahren zu den rechten Umtrieben auf dem Campus, viele Korporationen sind sogar offiziell in die Matrikel eingetragen und genießen damit Vorteile. *erk, kun* ■



Bereits am 26. Oktober 2004 protestierten 250 Antifaschisten gegen eine Vortragsveranstaltung der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft" auf dem Hause der „Germanen zu Königsberg". Die „Burschenschaft Germania" in der Sierichstraße ist ebenfalls eine pflichtschlagende und farbentragende Verbindung, ist aber vom Namensvetter zu unterscheiden.

„Netzwerk gegen Vertreibungen“ gegründet

Regierungsvertreterinnen und -vertreter aus vier europäischen Staaten haben am 2. Februar in Warszawa ein „Europäisches Netzwerk ‚Erinnerung und Solidarität'“ gegründet.

Das „Netzwerk“ geht zurück auf Pläne des Bundes der Vertriebenen (BdV), ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu errichten. Die Bundesregierung hat das BdV-Vorhaben – nach anfänglicher Unterstützung – mehreren Modifikationen unterworfen, es erst als „Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen“, dann als „Europäisches Netzwerk gegen Vertreibungen“ und schließlich über den Europarat als „Europäisches Zentrum zur Erinnerung an die Opfer von Zwangsumsiedlungen in Europa“ zu verwirklichen versucht. Das jetzt gegründete „Netzwerk“ wird getragen von Deutschland, Polen, Ungarn und der Slowakei. Die Verbände der deutschen Umgesiedelten sollen in ihm mitarbeiten.

Der Grundgedanke, den die Bundesregierung vom BdV übernommen und in den verschiedenen Planungsphasen stets beibehalten hat, ist einfach: Im Rahmen des „Netzwerks“ soll die Umsiedlung der Deutschen in Folge des Zweiten Weltkriegs als ethnisch motivierte Handlung dargestellt und mit verschiedensten verbrecherischen Untaten parallelisiert werden. Als Beispiele wurden immer wieder genannt: Der Genozid an den Armenierinnen und Armeniern im Osmanischen Reich, die Verfolgung von Sinti und Roma im Kosovo, die NS-Massendeportationen von Jüdinnen und Juden. Die Konsequenz einer solchen Parallelisierung: Die Umsiedlung der Deutschen wird als „Unrecht“ qualifiziert. Damit stellt das „Netzwerk“ einen Angriff auf das Potsdamer Abkommen dar, in dem die Umsiedlung verbindlich beschlossen wurde.

Äußerungen maßgeblicher sozialdemokratischer Politiker belegen dies. Es sei notwendig, „alle Fälle von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung neu zu bewerten“, hatten Bundespräsident Johannes Rau und – auf deutschen Druck hin – der polnische Staatspräsident Alexander Kwasniewski in ihrer „Danziger Erklärung“ vom Oktober 2003 gefordert. Eine Neubewertung sei auch das Ziel des jetzt gegründeten „Netzwerks“, erklärt das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der SPD-Außenpolitiker Markus Meckel, einer der maßgeblichen Vorkämpfer des Projekts, hat diese Zielsetzung im November vor einem Ausschuss des Europarats bekräftigt: „Zwar wurden Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen von Diktatoren wie Hitler und Stalin und jüngst von Slobodan Milosevic angeordnet. Aber auch Demokraten, wie Churchill und Roosevelt, akzeptierten, dass durch ethnische Homogenisierung politische Stabilität geschaffen werden sollte. Das lehnt die internationale Gemeinschaft heute ab.“

Der von Berlin initiierte Versuch, das „Netzwerk“ unter der Bezeichnung „Europäisches Zentrum zur Erinnerung an die Opfer von Zwangsumsiedlungen in Europa“ vom Europarat gründen zu lassen, ist am 27. Januar gescheitert. Die Weigerung der französischen Delegation, das deutsche Revisionsvorhaben mitzutragen, führte dazu, dass am 60. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz die notwendige Zweidrittel-Mehrheit für das Projekt nicht zustande kam. Das „Zentrum“ setze die Deportation in die NS-Vernichtungslager mit dem „in den Verträgen nach 1945 verabredeten Bevölkerungsaustausch“ gleich, begründete der aus dem Alsace stammende französische Delegierte Bernard Schreiner seine Ablehnung. Gleichwohl zog er sich mit seiner klaren Haltung die Kritik einflussreicher prodeutscher Kreise in der französischen Hauptstadt zu.

Nur wenige Tage später, am 2. Februar, ist mit der Gründung des „Europäischen Netzwerks ‚Erinnerung und Solidarität'“ in Warszawa der Durchbruch gelungen. Deutschland, Polen, Ungarn und die Slowakei tragen nun gemeinsam das deutsche Revisionsprojekt. Die Tschechische Republik, bis Anfang des Jahres an den Verhandlungen beteiligt, war Ende Januar offiziell aus den Vorbereitungen ausgestiegen. Irritiert hatte die Regierung in Praha vor allem, dass Berlin nicht bereit war, weitere Staaten in die Planungen für das angeblich „europäische“ Netzwerk einzubinden. Die europäischen Garantiemächte des Potsdamer Abkommens blieben dadurch ausgeschlossen.

Die polnische Regierung scheint eine doppelte Motivation zu haben, das Revisionsprojekt nicht zu boykottieren, sondern sich an ihm zu beteiligen. Das erste Motiv liegt offenkundig in der Hoffnung, die deutschen Pläne durch hartnäckige Detailarbeit aufweichen zu können. So heißt es etwa in der „Absichtserklärung über die Gründung“ der neuen Institution, die ihren Sitz in Warszawa haben und von einem polnischen Direktor geleitet werden wird: „Gegenstand des Netzwerks ist die Analyse, Dokumentation und Verbreitung der Geschichte des 20. Jahrhunderts, eines Jahrhunderts der Kriege, der totalitären Diktaturen und der Leiden der Zivilbevölkerung – als Opfer von Kriegen, Unterdrückung, Eroberung, Zwangsmigrationen sowie als Opfer von nationalistischen, rassistischen und ideologisch motivierten Repressionen.“

Berlin wollte ursprünglich nur „Flucht und Vertreibung“ thematisieren. „Aber das war mit unseren Partnern nicht zu machen. Sie bestanden auf einem breiteren Ansatz,“ erklärte Markus Meckel gegenüber der Berliner Zeitung.

Kaum etwas zeigt die Auseinandersetzungen zwischen den beteiligten Regierungen so deutlich wie die Passage der „Absichtserklärung“, in der auf das Potsdamer Abkommen Bezug genommen wird. Dort heißt es, man handle „auf der Grundlage der seit 1945 geschlossenen völkerrechtlichen bi- und multilateralen Verträge, politischen Vereinbarungen und Abkommen, die als historische Tatsachen respektiert werden“. Dass das Potsdamer Abkommen damit wenigstens implizit erwähnt wird, dürfte der polnischen Regierung zu verdanken sein. Dass es nicht als „gültig“ klassifiziert, sondern nur „als historische Tatsache respektiert“ wird, entspricht hingegen der deutschen Rechtsposition, das Potsdamer Abkommen sei ein „abgeschlossenes historisches Kapitel“.

Für den Fall, dass es nicht gelingen sollte, das „Netzwerk“ durch hartnäckiges Aufweichen unschädlich zu machen, hat Polen eine zweite Option, und auch dafür ist eine Beteiligung an dem Revisionsprojekt nützlich. In der Zwischenkriegszeit gab es in Warszawa immer wieder Überlegungen, dem deutschen Druck nachzugeben, gemeinsam mit Deutschland eine aggressive Ostpolitik zu betreiben und den Einflussverlust in den von Deutschland beanspruchten polnischen Gebieten durch einen Einflussgewinn jenseits der polnischen Ostgrenze auszugleichen. Ansätze für eine im Einklang mit Deutschland betriebene aggressive Ostpolitik finden sich derzeit in Warszawa immer deutlicher (insbesondere gegenüber Kiew). Eine Thematisierung der 1945 durchgeführten Umsiedlung von Polinnen und Polen aus dem Gebiet der heutigen Ukraine, des heutigen Belarus und des heutigen Litauen bietet im Zweifelsfall eine zusätzliche Chance, den deutschen Druck nach Osten weiterzugeben.

Der deutsche Druck dürfte jedenfalls mit dem „Europäischen Netzwerk ‚Erinnerung und Solidarität'“ deutlich wachsen. Wie ein Sprecher der Kulturstaatsministerin Christina Weiss gegenüber dem Internetdienst german-foreign-policy.com bestätigte, ist es „erwünscht“, die Verbände der deutschen Umgesiedelten in das „Netzwerk“ zu integrieren. „Die Welt“ berichtet, „fast alle Institutionen und Museen aus dem Umfeld der deutschen Vertriebenenverbände hätten ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisiert“. Auch der BdV ist mit dem Konzept einverstanden. „Ein Netzwerk braucht Knotenpunkte“, erklärte BdV-Präsidentin Erika Steinbach gegenüber der Berliner Zeitung: „Und einer dieser Knotenpunkte soll unser Berliner Zentrum sein. Daran halten wir fest.“

Jörg Kronauer ■

Bundesweite Naziveranstaltung am 11. Juni in Jena

Jenaer Nationalisten haben für den 11. Juni auf dem Marktplatz Jena ein „Fest der Völker“ angemeldet. Da die bisher angekündigten Bands auf eine über Thüringen, wenn nicht sogar über Deutschland hinaus reichende Teilnahme von Nazis schließen lassen, wollen das Aktionsbündnis gegen Rechts und das Antifa-Plenum Jena so bald als möglich und mit so vielen Menschen aus so vielen Städten wie möglich ein erstes Vorbereitungstreffen für Gegenaktivitäten organisieren.

Auf der eingerichteten Seite des Nationalen Widerstandes Jena http://www.n-w-j.de/festdervoelker/ wird der Veranstaltungsbeginn für 10.00 Uhr angekündigt. Eindeutig rassistische, antisemitische und nationalistische Aussagen sind in der Erklärung zu dem „Fest“ finden.

Für das „Fest der Völker“ wurden bisher 4 Bands geworben, die ihre Teilnahme zugesagt haben und den mehr als eindeutigen neofaschistischen Charakter dieser Veranstaltung belegen:

- *Before the War (Slowakei):* Fascho-Metal-Band, welche u.a. am 30. Oktober 2004 gemeinsam mit „legion of thor“, „eugenik“ und „ra. riot“ nach der Demonstration von Freien Kameradschaften in Potsdam spielte.
- *Verszerödes (Ungarn):* spielte bereits auf mehreren Fascho-Festivals, u.a. mit Sturm und Drang, No Alibi, Act of Violence.
- *Nothung (Schweden):* mehrfach bei White-Power-Konzerten aufgetreten (u.a. bei einem von der Nationalsozialistischen Front Schweden organisierten Konzert am 3. Juli 2004 in Schweden)
- *Block 11 (Italien):* faschistischer Rock'n Roll (Selbstbeschreibung): „Block 11 - 88 R'n'R Band 14/88“, die auf ihrer Website (http://www.block11.com) mit Hitlergruß, Hakenkreuz, verschiedensten Symbolen... für sich werben.

Desweiteren sind bisher als Redner Frank Schwerdt (NPD Landesvorsitzender Thüringen) und Patrick Wieschke („freier Nationalist“) angekündigt.

Es ist davon auszugehen, das die Nazis den Marktplatz nicht bekommen werden – allerdings (so bisher Andeutungen seitens einiger Stadtabgeordneter) ist ein Verbot wohl unwahrscheinlich. In der nächsten Stadtratssitzung wird es zu Aktivitäten der Stadt Jena gegen diese Veranstaltung eine Anfrage geben.

Ziel des Aktionsbündnisses gegen Rechts und des Antifa-Plenums Jena ist es, eine möglichst bundesweite Gegenveranstaltung zu organisieren.

Leseladen JG-Stadtmitte,
JG-Stadtmitte-Jena@t-online.de ■

Streit ums „Elchmuseum“

Stiftungsrat um Wilhelm von Gottberg kündigt Museumsleiter – Kritik an Einflussnahme der Landsmannschaft

Ende des Jahres kündigte der Stiftungsvorsitzende Wilhelm von Gottberg dem Leiter des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg. Seitdem schlägt das autokrate Gebaren des Berufsvertriebenen von Gottberg auf ihn selbst zurück, obwohl der Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen einige Titel und Posten in die Waagschale werfen kann: Bürgermeister von Schnega, Kreistagsabgeordneter von Lüchow-Dannenberg und Vorsitzender des Stiftungsrates der Ostpreußischen Kulturstiftung...

Doch inzwischen legt auch der gekündigte Museumsleiter Ronny Kabus (siehe AN 1/2005) mit weiteren Vorwürfen gegen die Einflussnahme durch die reaktionäre Landsmannschaft und ihren Sprecher nach: Der „Sprecher der Landsmannschaft und Stiftungsratsvorsitzender habe versucht, das Museum zur Bühne seiner politischen Statements zu machen“ zitiert die Elbe-Jeetzel Zeitung den geschassten Museumsleiter. Er habe »einem Vorstand gegenübergestanden, der fast ausschließlich die Interessen seiner landsmannschaftlichen Klientel vertritt«. Zu wichtigen Besprechungen wurde der Direktor oft gar nicht mehr eingeladen. Während Dr. Kabus sich darum bemühte, die Einrichtung als „wissenschaftliche Institution“ und als „Erlebnismuseum“ für breite Bevölkerungsschichten zu öffnen, wollten die Funktionäre seiner Trägereinrichtung nach seiner Überzeugung lieber ein ostpreußisches „Heimatstübl“ sehen, in dem auch schon einmal Politik gemacht werden durfte – allerdings nur im Sinne der revanchistischen Linie des Vorstandes. Die Geschehnisse sind im Internet ausführlich dokumentiert unter www.zukunft-ostpreussenmuseum.de. Dort finden sich auch Briefe, geschrieben von Ostpreußen, die von der „stark rechtsgerichteten Einflussnahme“ der Landsmannschaft Ostpreußen in anderen Bereichen berichten.

Das Lüneburger Ostpreußenmuseum ist eine besondere Konstruktion. Finanziert wird es ausschließlich von Bund und Land mit rund 900 000 Euro im Jahr. Diese Alimentierung ist gesetzlich geregelt und zwar im Bundesvertriebenengesetz. Alleiniger Träger der Einrichtung ist – ohne einen Cent dazuzubezahlen – seit 1994 die in Bayern ansässige Ostpreußische Kulturstiftung. Deren Gründungsstifter sind die Landsmannschaft Ostpreußen sowie der Träger des ehemaligen Ostpreußischen Jagdmuseums in Lüneburg. Das war 1987 in das Ostpreußische Landesmuseum übergegangen, ab jenem Jahr gibt es auch die institutionelle Finanzierung durch Bund und Land. Bund und Land haben, so sagt von Gottberg, „ein intaktes Museum übernommen“, dessen Ausstellungsstücke „Eigentum der Ostpreußen“ seien. Mit gerade einmal etwa 70 Besuchern auf der „Haben-Seite“ und 27 hauptamtlichen angestellten Beschäftigten auf der „Sold-Liste“ der Stiftung hält sich der öffentliche Zuspruch in bescheidenen Grenzen.



Homepage des Museums

Derweil eint die Regierungskoalition von CDU, Grünen und Unabhängiger Wählerliste das politische Tagesgeschäft. Selbst Stadtdirektor Peter Koch spricht vom „großem Einvernehmen“ und schließt alle, selbst die oppositionelle SPD/FDP-Fraktion, mit ein. Alle? Einzig der grüne Kreistagsabgeordnete, Ulrich Löb, wirft der Wilhelm von Gottberg vor „Versöhnung als taktischen Begriff“ zu missbrauchen und mit Eigentumsforderungen Polen „über den Tisch“ ziehen zu wollen.

Der Debatte im Stadtrat vorausgegangen war eine Anfrage des Bundes, die Stadt möge Stellung dazu nehmen, ob sie einen Sitz im Stiftungsrat des Museums als Träger übernehmen wolle. In der Konsequenz und „Feinmotorik“ sind dann aber auch Stadtdirektor Peter Kochs Zweifel aufzuspüren. So unterstützt Koch die Position des Bundes, mehr Einfluss zu nehmen, und spricht von Kabus nicht in der Vergangenheitsform, denn: „Ich glaube, er hat gute Chancen, das Arbeitsgerichtsverfahren für sich zu entscheiden, ohne dass ich den Richtern vorgreifen möchte.“ Fazit: Bund, Kreis und die Landsmannschaft machen hier handfest Politik und dabei zählt nicht das Wort, sondern deren Gewicht.

kun ■

Geschichtsrevisionismus im Danubenhaus?

„60 Jahre nach Kriegsende – Leistungen und Irrtümer“, so kündigt die Zeitschrift „Junge Freiheit“ die sogenannten „22. Bogenhausener Gespräche“ im Hause der Burschenschaft Danubia in der Münchner Möhlstraße vom 12. bis 13. Februar 2005 an. Als Referenten werden u.a. angekündigt: Prof. Dr. Ernst Nolte, Dr. Walter Post und Univ. Doz. Heinz Magenheimer.

Referenten von Rechts

Die eingeladenen Referenten sprechen für sich. „Die Vermutung über den Charakter dieser Veranstaltung als weiteres Forum zur Verbreitung geschichtsrevisionistischer Thesen und Behauptungen liegt daher sehr nahe“, so ein Sprecher von AIDA e.V. Prof. Dr. Ernst Nolte löste Mitte der 80er Jahre den sogenannten „1. Historikerstreit“ aus, als er die deutsche Alleinschuld am zweiten Weltkrieg in Frage stellte. Dr. Walter Post trat bereits am 10. Ok-tober 2002 in München auf – bei einer Veranstaltung von Demokratie Direkt e.V. und Republikaner-Stadtrat Johann Pius Weinfurtner zum Thema „Kriegsverbrechen –Gestern und Heute“. Auch an dem ebenfalls von Weinfurtner organisierten „politischen Neujahrstreffen“ mit Teilnehmern wie Holger Apfel (NPD) und Vertretern der Deutschen Partei und dem Schutzbund für das deutsche Volk vor wenigen Tagen in München war der Historiker und Schriftsteller mit einer Buchvorstellung („Ursachen des Zweiten Weltkrieges“) vertreten.



A.I.D.A.

Heinz Magenheimer, Universitätsdozent und Angehöriger der Landesverteidigungsakademie Österreich machte in einem Interview mit der „Jungen Freiheit“(Ausgabe 7/96, S.3) darauf aufmerksam, dass „es die Westmächte England und Frankreich sind, die am 3. September 1939 Deutschland den Krieg erklären.“

Post und Magenheimer referierten auch auf Tagungen der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt e.V. (ZFI)“. Das Handbuch Deutscher Rechtsextremismus meint zum Stichwort ZFI: „Die ZFI widmet sich seit ihrer Gründung der Umdeutung der deutschen Geschichte im Sinne einer Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und der Leugnung der deutschen Kriegsschuld am Zweiten Weltkrieg“.

Burschenschaft Danubia: Scharnierorganisation ganz rechts

Die Burschenschaft Danubia bot und bietet extrem rechten und konservativen Referenten mit ihren Veranstaltungen immer wieder ein Podium. So traten dort bei anderer Gelegenheit u.a. Alain De Benoist (Chefideologe der „Neuen Rechten“), Horst Mahler oder Dr. Reinhold Oberlercher auf.

Dass die Kontakte der Danubia auch in das Spektrum der Kameradschaften und freien Nationalisten reichen, zeigte ein anderer Vorfall: Im Januar 2001 versteckte die Danubia München Christoph Schulte, den Haupttäter eines neonazistischen Überfalls auf einen griechischen Passanten im Münchner Schlachthofviertel, auf seiner Flucht in ihren Räumen.

Im Herbst 2001 setzte das Bayerische Innenministerium die Aktivitas der Burschenschaft auf die Liste der verfassungsfeindlichen Organisationen und stellte sie somit unter Beobachtung des Verfassungsschutzes.

Pressemitteilung des A.I.D.A. e.V. 27. Januar 2005, Marcus Buschmüller ■

Quellen: Handbuch Dt. Rechtsextremismus, Hrsg. Jens Mecklenburg, Elefantenpress. Drahtzieher im braunen Netz, Autorenkollektiv, Konkret Literatur Verlag. Jenseits des Nationalismus, J. Cremet, F. Krebs, A. Speit, rat/Unrast Verlag. Handbuch Rechtsextremismus, Hg. Bernd Wagner, rororo aktuell. Verfassungschutzbericht Bayern 2001, 2002. SZ Artikel vom 7.9.2001

CIA deckt Nazi-Kriegsverbrecher

Der US-Geheimdienst CIA hält eine große Zahl von Akten über Nazi-Kriegsverbrecher zurück, meldet die Österreichische „Die Presse“ vom 31. Januar. Die Akten zeigten engere Verbindungen zwischen US-Regierung und Verbrechern als bisher angenommen, lautet der Tenor des Berichtes in der Wiener Tageszeitung. Die „New York Times“ titelte am Wochenende zuvor, dass die CIA seit drei Jahren die Aufforderung einer Arbeitsgruppe des US-Kongresses zurückweist, „hunderttausende von Seiten aus geheimen Nazi-Akten zugänglich zu machen“. Dabei weisen mehr als 1,2 Millionen freigegebene Seiten des Pentagon auf eine „engere Verbindung zwischen der US-Regierung und Nazi-Kriegsverbrechern“ hin.

Bei diversen, von der Kommission angeforderten Akten hatte der US-Geheimdienst alle Angaben über die Zeit nach dem 8. Mai 1945 verweigert. In anderen Fällen hatte der Geheimdienst die Herausgabe von Informationen über Personen und deren Verhalten im Krieg so lange unterdrückt, bis die Arbeitsgruppe Beweise für deren Verstrickung in Kriegsverbrechen vorlegen konnte.

Erwartungsgemäß dementierte der CIA-Sprecher die Vorwürfe und erklärte: Der Geheimdienst halte keinerlei Akten zurück, die im Zusammenhang mit der Arbeit der Kommission für Kriegsverbrechen stünden.

kun, nach diepresse.com, 31.1.2005 ■

Verherrlichung von Rudolf Heß soll unter Strafe gestellt werden

BERLIN. Bundestagsabgeordnete von SPD, Union und Grünen wollen die Verherrlichung hoher Repräsentanten des NS-Regimes unter Strafe stellen. Im Innenausschuss herrschte am Mittwoch Einigkeit, das Strafgesetzbuch müsse entsprechend ergänzt werden. Bislang ist nur das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, zum Beispiel SS-Runen, als Straftat definiert. Die Abgeordneten wollen erreichen, dass rechtsextreme Aufmärsche wie die zum „Gedenken“ an Rudolf Heß verboten werden können. In der fränkischen Kleinstadt Wunsiedel, in der Heß begraben ist, treffen sich jährlich Tausende Neonazis, um ihrem Idol zu huldigen. Für die Gesetzesänderung warb im Innenausschuss vor allem der Landrat des Wunsiedel-Kreises, Peter Seißer.

Der Tagesspiegel, 20.1.2005 ■

FN-Anhänger prügeln Studenten

Bruno Gollnisch erneut von Universität suspendiert

Die Rückkehr der „Nummer Zwei" des FN, Bruno Gollnisch, auf seinen Lehrstuhl für japanisches und internationales Recht an der Universität Lyon-III dauerte am vorigen Mittwoch nicht sehr lange. Nunmehr findet Gollnisch sich gleich für ein Jahr aus dem Dienst entfernt, und will erneut die Gerichte dagegen bemühen. Dieses Mal dürfte er geringe Chancen haben, durchzukommen.

Rückblende: Gollnisch hatte bei einer Pressekonferenz am 11. Oktober 04 die Existenz der Gaskammern und die Zahl der Toten des Holocaust (indirekt, aber deutlich) in Frage gestellt. Daraufhin hatte der Rektor der Lyoner Hochschulen, Alain Morvan, ihn Anfang November für einen Monat vom Dienst suspendiert. Zugleich wurde der Disziplinarausschuss angerufen, der seine Entscheidung Ende Februar 05 bekannt geben wird.

Als die vorläufige Suspendierung Anfang Dezember zu Ende ging, kehrte Gollnisch an die Hochschule zurück. Dort riefen mehrere studentische Vereinigungen (die Studierendengewerkschaft UNEF, die Union jüdischer Studenten UEJF und die antifaschistische Vereinigung Hippocampe) zu Demonstrationen gegen seine Anwesenheit auf. Wegen des Risikos einer „Störung der öffentlichen Ordnung" wurde Gollnisch erneut vom Dienst suspendiert. Doch am 14. Januar hob der Conseil d'Etat, das oberste Verwaltungsgericht, diese Maßnahme auf. Das Hauptargument dabei war, Gollnisch brauche sich nicht das Verhalten seiner GegnerInnen anrechnen zu lassen; das durch die Verwaltung geltend gemachte Störungsrisiko gehe von den Gollnisch feindlich gesonnenen Gegendemonstranten aus. Davon unberührt sei die noch ausstehende Entscheidung des Disziplinarausschusses gegen Gollnisch, der seinerseits Sanktionen aussprechen könne.

Doch dieses Mal kehrte Gollnisch nicht allein an die Universität zurück, wo ihn 50 TeilnehmerInnen einer friedlichen Sitzblockade vor dem Hörsaal erwartete. Gollnisch hatte ein halbes Dutzend kurzgeschorener junger Männer im Gefolge, die ihrerseits vor dem (bereits von Ordnungskräften der Universität bewachten) Hörsaal Stellung bezogen. Mehrere von ihnen dürften eindeutig keine Studierenden der Hochschule Lyon-III sein.

Auszüge aus einem Stimmungsbericht der Tageszeitung „Libération" (vom 3. Februar): „Sie (die Kurzgeschorenen) kontrollieren die Eintritte an der Tür des Hörsaals. Einer von ihnen erklärt: ‚Wir sind da, um Bruno zu beschützen'. Er sagt ‚Wir' und spricht dabei vom Front National, aber er beeilt sich hinzuzusetzen, er sei ‚vor allem als Student von Lyon-III hier'. Ein anderer, älter und nervöser, läuft krakeelend herum. Er ruft ‚Frankreich den Franzosen' und ‚Schwulenbande', dann hebt er die Hand und kündigt an, seine ‚Backpfeifenmaschine' einzuschalten. Ein Student verlangt eine Schweigeminute für die Toten der Deportation (im Zweiten Weltkrieg). ‚Niemals!' brüllt einer der Rechtsextremen. Die (vor dem Hörsaal zwecks Protest auf dem Boden sitzenden) Studenten stehen auf und rufen: ‚Faschisten raus aus der Uni!' und erinnern daran, dass Lyon-III offiziell auf den Namen des Widerstandskämpfers Jean Moulin getauft ist" (der in Lyon 1943 durch Klaus Barbie zu Tode gefoltert wurde).

Weiter hinten in dem Artikel erfährt man: „Während die Protestierenden sich zerstreuen, kommen die Zivilpolizisten. Sie nehmen einen der Rechtsextremen fest. Camille, eine bei Hippocampe aktive Studentin, sitzt in demselben Polizeiauto, da sie als Zeugin mitgenommen wird, die über die Gewalttätigkeiten gegen einen Studenten aussagen soll. ‚Während der Fahrt wurde er darüber verhört, warum er an die Universität gekommen sei. Er erklärte, dass es Herr Gollnisch gewesen sei, der von ihm verlangte zu kommen'."

Drei Studierende wurden aus dem Anlass des Gerangels mit den Rechtsextremen verletzt, einer von ihnen am Kopf. Später am Tag wurden noch einige der Rechtsextremen, die nach vollbrachter Tat und einiger Zeit des Wacheschiebens vor Gollnischs Hörsaal, in einem nahen Bistro mit Tränengas besprüht. Nach Angaben der Rechtsextremen ging die Initiative dazu von Studenten jüdisch-nordafrikanischer Herkunft aus.

Dieser Auftritt Gollnischs und seiner Handlanger kam bei den Hochschulbehörden nicht sehr gut an. Dieses Mal war es der französische Bildungsminister François Fillon persönlich, der Gollnisch von Paris aus vom Hochschuldienst suspendierte, nachdem er durch den Universitätsdirektor Guy Lavorel alarmiert worden war. Das Lehrverbot ist für eine Höchstdauer von einem Jahr ausgesprochen. Dieses Mal hat man auch dafür gesorgt, dass eine Vertretung für die Lehrveranstaltungen vorhanden ist und Gollnisch sich nicht darauf berufen kann, „seine" Studenten seien die Leidtragenden.

Am Donnerstag (3. Februar) leitete Gollnisch eine Pressekonferenz am Parteisitz des FN im Pariser Vorort Saint-Cloud. Dabei stellte er sich erneut als „politisch Verfolgten" hin, da er „ein wichtiger Politiker einer Oppositionspartei" sei und da er „den Justizminister Dominique Perben (2008) daran hindern könne, Oberbürgermeister von Lyon" zu werden. Gollnisch will erneut den Conseil d'Etat bemühen und ferner Klage gegen den Rektor der Lyoner Hochschulen, Alain Morvan, erheben. Bei einer Feier zum 60. Jahrestag der Befreiung der Überlebenden von Auschwitz hatte Morvan Ende Januar verlangt, Gollnisch solle „aus dem öffentlichen Dienst geworfen und mit Lehrverbot belegt" werden.

Unerwartete Unterstützung fand Gollnisch bei einem Herrn der so genannten feinen Gesellschaft: bei Raymond Barre, der früher Oberbürgermeister von Lyon und (von 1976 bis 81) französischer Premierminister war. Barre, der ebenfalls Hochschullehrer ist, erklärte am 3. Februar im Parlamentsfernsehen zwar zunächst, die extreme Rechte ziehe „Grundwerte ins Lächerliche". Doch er fügte hinzu: „Ich kenne Herrn Gollnisch gut, das ist ein Kollege. Er lässt sich manchmal von einer exzessiven Sprache mitreißen, aber er ist eine anständige Person. Er macht Äußerungen... aber ich würde sagen, das entwischt ihm. Im Grunde glaube ich nicht, dass er daran glaubt." *BhS* ■

Marine Le Pen und Bruno Gollnisch im Wirbel um den jüngsten Le Pen-Skandal:

Rückzug der Hoffnungsträgerin?

Marine Le Pen ist nicht nur die jüngste Tochter des Front National-Chefs, sie war auch die Zukunftshoffnung des alternden Parteigründers, der im kommenden Juni 77 wird. Seit dem Ausgang der Präsidentschaftswahl vom Frühjahr 2002 hatte sie an der Strategie gearbeitet, dem Front National ein jüngeres und „moderneres" Gesicht zu geben als die derzeit ansonsten tonangebenden Altfaschisten, ultrakatholischen Fanatiker und Veteranen der Kolonialkriege. Das war einmal. Seit den jüngsten Erklärungen höchster FN-Funktionäre sieht sie ihre Kommunikationsstrategie gescheitert oder jedenfalls schwer gefährdet.

Im Oktober 04 hatte Bruno Gollnisch, „Nummer Zwei" in der Parteihierarchie, die Existenz der Gaskammern öffentlich in Zweifel gezogen. Marine Le Pen erklärte auf RTL ihre „ehrliche und eindeutige Missbilligung", bevor sie kurz darauf im Politischen Büro der Partei – „unter Druck", wie sie selbst erklärte – einer

„Solidaritätserklärung“ für Gollnisch als angebliches Opfer einer Hexenjagd zustimmte. Dann aber erklärte ihr eigener Vater im Januar die Periode der Besatzung Frankreichs durch Nazideutschland für „nicht besonders inhuman“.

Wie erstmals durch einen Bericht der Tageszeitung Le Parisien vom 26. Januar 05 publik und – trotz offiziellem Dementi durch den FN – alsbald durch andere Berichte bestätigt wurde, hat Marine Le Pen sich nach mehrtägiger Denkpause aus den Führungsgremien der Partei zurückgezogen. Demnach lässt sie ihre Ämter im Bureau exécutif, dem obersten Führungsgremium der Partei, und wahrscheinlich auch im Bureau politique – dem zweithöchsten Gremium – ruhen, ohne sie formal niederzulegen. Ihre eigene Vereinigung ‚Générations Le Pen‘, die vor allem die jüngeren Parteikader im Alter bis 40 zusammenbringen sollte, wird ihre Aktivitäten einstellen.

Hingegen wird sie ihre Mandate im Europa- und im Pariser Regionalparlament, im letzteren hat sie auch den Vorsitz der FN-Fraktion inne, weiterhin behalten. Im Pariser Regionalrat sprach sie am vorigen Dienstag (25.1.) auch zur Haushaltsvorlage; es war ihr erster öffentlicher Auftritt seit dem jüngsten Skandal. Bis dahin hatte sie eine gute Woche mehr oder minder schmollend im Familienhaus Jean-Marie Le Pens im bretonischen Trinité-sur-Mer verbracht, zusammen mit ihren drei Kindern, nachdem sie (so wird jedenfalls kolportiert) diesem angeblich zuvor von Angesicht zu Angesicht ihre Meinung gegeigt habe.

Dagegen wird Marine Le Pen an der FN-Kampagne zur französischen Volksabstimmung über den EU-Verfassungsentwurf, die voraussichtlich im Juni stattfindet, aktiv teilnehmen. Aber sie will nur unter Ausschluss der Presse auftreten. Bisher hatte sie stets sehr auf Medienrpräsenz und die Anwesenheit von Kameras bei all ihren Aktivitäten geachtet. Im kommenden September dann will Marine Le Pen ein Buch herausbringen, in dem sie ihre Strategie näher darleget

Ein (nicht namentlich genanntes) Mitglied im Politischen Büro des FN wird in ‚Libération‘ vom 27. Januar mit den Worten zitiert: „Bisher hat sie (Marine Le Pen) es immer leicht gehabt. Und jetzt, beim ersten Kanonenstoß, legt sie sich flach auf den Boden.“ Dass rechtsextreme Funktionäre die politische Auseinandersetzung mit Vokabeln aus dem Bereich von Militär und Krieg beschreiben, ist als solches nicht ungewöhnlich – aber die Tochter des Chefs so hämisch zu kritisieren, ist es schon.

Der „Generalbeauftragte“ des FN, Bruno Gollnisch, erklärte bezüglich Marine Le Pen, ihr – vorläufiger? – Rückzug werde falsch interpretiert: Die Tochter des Parteichefs sei nicht aufgrund der Äußerungen Jean-Marie Le Pens schockiert, sondern vielmehr „durch die Kommentare“ dazu. Denn „es ist in der Tat schwer, das Übermaß an Verteufelung zu ertragen, das auf die geringste Äußerung“ seines Parteichefs hin erfolge.

Damit hat Gollnisch nicht nur argumentativ die Kurve bekommen, sondern zugleich auch noch Marine Le Pen als „Weichei“ hinstellen können. Es spricht ein wohl gut platzierter Anwärter auf die Nachfolge des Jean-Marie Le Pen...

Jean-Marie Le Pen: „Entdiabolisierung“ gut oder nicht?

Letzterer Variante zur Erklärung von Marine Le Pens Rückzug hat sich mittlerweile auch der Papa angeschlossen. In einem Interview mit der Tageszeitung „Le Parisien“ vom 2.2.05 äußerte Le Pen sich in diesem Sinne. Er fügte hinzu: „Ich verstehe sie: Ich, ich habe ein Leder wie ein Krokodil und ich bin gepanzert. Die jungen Leute haben da eine sensiblere Haut. Marine leidet für ihren Papa. Denn bei uns besteht Familienliebe.“



Neben diesem Seifenoper-Rührstück ging Jean-Marie Le Pen auch kurz auf die strategischen Fragen für seine Partei ein. Im Interview mit dem „Parisien“ bestreitet er, dass die wiederholten Skandale im Zusammenhang mit Äußerungen über den Zweiten Weltkrieg und die NS-Taten zu „irgend einer Strategie“ gehörten. Er habe „niemals die Dämonisierung (diabolisation) des FN gewollt oder gesucht“. Und fügt hinzu: „Die Strategie des FN bestimmt sich nicht im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg. 60 Jahre danach wollen die jungen Leute von diesen ollen Kamellen nichts mehr hören. Sie sagen: ‚Geht das schon wieder los? Genug!‘“

Im Übrigen, so Le Pen, „gibt es keine Hardliner beim FN. Lediglich meinen Einige, angesichts des intellektuellen Terrorismus, der bezüglich bestimmter Themen herrscht, sei es besser, keine Risiken mit diesen Themen einzugehen.“ Er selbst „sehe das (aber) anders“. Als Richtlinie gab er die schwammige Direktive aus: „Die Vergangenheit darf die Gegenwart nicht erschlagen, aber darf auch nicht versteckt werden.“ Von einem Rückzug seiner Tochter wisse er im Übrigen nichts.

Innerparteilicher Unmut

Der Hintergrund für diese eiernden Auslassungen Jean-Marie Le Pens ist, dass es anscheinend tatsächlich einen wachsenden innerparteilichen Unmut seit den sich häufenden, jüngsten Skandalen gibt.

Der Generalsekretär des FN, Carl Lang, sieht sich veranlasst, in „Le Monde“ anzuerkennen: „Ein Zehntel der Aktivisten und Kader will von diesem Thema (Anm.: der Relativierung der NS-Verbrechen) reden. Ein Zehntel ist der Auffassung, es sei eine Schande, die offizielle Geschichtsversion in Frage zu stellen. Der Rest will von etwas Anderem reden.“ (LM, 4. Februar) Unter den erstgenannten 10 Prozent dürfte sich wohl ein Gutteil der Hardliner befinden, die sich als Aktivisten in direkter Kontinuität zu den historischen faschistischen Bewegungen begreifen. Das bedeutet nicht, dass jene Parteimitglieder, die vielleicht eine weniger weite historische Perspektive haben und sich weniger als ideologisch gefestigte Kader begreifen (oder aber eine „Modernisierung“ und Imageglättung anstreben), dadurch sympathischere und humanistischere Ansichten vertreten würden.

Dem Politbarometer des „Figaro Magazine“ vom 5/6. Februar zufolge befindet sich der FN (im Rahmen des „Sympathiespiegels“ der verschiedenen Parteien) momentan bei nur 7 Prozent „positiven Meinungen“ und 84 Prozent „negativen Meinungen". Üblicherweise ist die Prozentzahl der positiven Einstellungen zum FN zumindest zweistellig.

„Le Monde“ berichtet in derselben Ausgabe, die Parteibasis des FN sei angesichts des Sturms der Empörung, der ihnen in den letzten drei Monaten aus den Medien entgegen schlug, eher perplex. „Viele denken an (die Präsidentenwahl)) 2007 und reden von den Schwierigkeiten, die die Kader und Aktivisten haben werden, um die 500 Unterschriften von Bürgermeistern und Mandatsträgern aufzutreiben“, die notwendig sind, um eine Kandidatur zu den Präsidentschaftswahlen anmelden zu können.

Jacques Bompard, der monentan einzige FN-Bürgermeister einer Stadt (Orange), meldet sich ebenfalls in der oben zitierten Ausgabe von „Le Monde“ zu Wort. Es müsse ein Parteikongress einberufen werden, fordert er, auf dem auch die mögliche Abwahl Jean-Marie Le Pens von der Parteispitze und die Aufstellung des nächsten Präsidentschaftskandidaten offen debattiert werden müssten.Die Partei müsse von Grund auf neu aufgebaut werden, wobei die Strukturierung mit der Herausbildung lokaler Kader und der Gewinnung kommunaler Mandate beginnen müsse.

Jean-Marie Le Pen reagierte auf dieses Interview, auf Nachfrage von Journalisten, mit den Worten: „Ich kenne diese Person nicht.“

Bernhard Schmid, Paris ■

Anklage wegen Online-Demo gegen Lufthansa-Abschiebegeschäft

FRANKFURT. „Wenn Konzerne, die mit Abschiebungen Geld verdienen, ihre größten Filialen im Netz aufbauen, dann muss man auch genau dort demonstrieren." so hieß es in einem Aufruf zur Online-Demo gegen die Lufthansa. Zur Erinnerung: Im März 2001 begannen die Initiativen „Libertad!" und „Kein Mensch ist illegal" mit der Mobilisierung zu einer Online-Demo im Zusammenhang mit der deportation.class-Kampagne gegen das Lufthansa-Abschiebegeschäft. Unterstützt und zur Aktion aufgerufen wurde von rund 250 Gruppen und Einzelpersonen aus den Bereichen der Menschenrechtsarbeit, der Asylpolitik, von Gewerkschaften und NGO's. (u.a. José Bové („Confédération paysanne"', France), Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer PolizistInnen (Hamburger Signal) e.V. und SAFERCITY.DE, Internationales Sekretariat der CNT und Syndicat de L'Industrie Informatique CNT-SII aus Frankreich, Antiapartheidsgruppe Kiel, Centro de Documentación en Derechos Humanos „Segundo Montes Mozo S.J.", Quito, Ecuador).

Am 20. Juni 2001, am Tag der Hauptversammlung der Lufthansa AG in Köln, war es soweit: Mehr als 10.000 Teilnehmer/innen brachten mit ihren Zugriffen auf die Lufthansa-Webseite den digitalen Kranich ins Wanken, die Seite war zeitweise lahmgelegt.

„Nötigung" und „Anstiftung zur Nötigung" war das aus Sicht der Frankfurter Staatsanwaltschaft, die auf eine Anzeige der Lufthansa AG hin am 17.10.2001 eine Razzia bei Libertad! durchführen ließ. Insgesamt zehn Computer und weitere Datenträger wurden beschlagnahmt, und befinden sich zum größten Teil bis heute im Besitz der Frankfurter Polizei.

Im Mai 2004 wurde Libertad! von Seiten der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit eines Vergleichs zur Einstellung des Verfahrens signalisiert. Voraussetzung war ein „Schuldeingeständnis" und der Verzicht auf Rückgabe der beschlagnahmten Gegenstände. Libertad! lehnte und lehnt dies ab, da sie Protest und Widerstand gegen das tödliche Geschäft mit den Abschiebungen nach wie vor für absolut legitim und notwendig halten.

Mit Datum 28.12.2004 hat nun die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main Anklage beim Amtsgericht gegen den Anmelder der Internet-Domains „www.libertad.de" und „www.sooderso.de" erhoben, da er „durch Verbreiten von Schriften zu einer rechtswidrigen Tat – Nötigung gemäß §240 StGB – aufgefordert" habe. Dazu Libertad: „Politisch und moralisch souverän blicken wir einem Prozess entgegen, der für die Lufthansa AG nur mehr Peinlichkeiten an die Öffentlichkeit tragen wird, als dies vor und während der Online-Demo bereits der Fall war. Im Übrigen entscheiden wir selbst, was wir richtig finden, gegen Abschiebungen zu tun! Das World Wide Web ist ein öffentlicher Raum. Wir werden auch in Zukunft zu den neuen Protest- und Widerstandsformen im Internet aufrufen und uns an ihrer Organisierung beteiligen!"

Infos unter http:// go.to/online-demo und www.libertad.de/ inhalt/projekte/depclass Presseerklärung der Kampagne Libertad, 24.1.05 ■

Härtefallkommission unter Kontrolle der Innenbehörde

HAMBURG. Seit Inkrafttreten des „Zuwanderungsgesetzes" im Januar können die Bundesländer Härtefallkommissionen einrichten, die Menschen ohne die rechtlichen Voraussetzungen eine Aufenthaltserlaubnis gewähren, wenn „dringende humanitäre und persönliche Gründe die weitere Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet rechtfertigen" (§ 23 AufenthG).

Inzwischen hat auch der Hamburger Senat dem Namen nach eine solche Kommission eingerichtet – nützen wird sie den Betroffenen nichts. Das Gremium soll als Unterausschuss des Eingabeausschusses aus drei Mitgliedern der Bürgerschaftsfraktionen bestehen, wird ausschließlich auf Vorschlag eines der Mitglieder tätig und darf nur bei Zustimmung aller Kommissionsmitglieder lediglich „Empfehlungen" an die Innenbehörde abgeben. Ausgeschlossen sind also Flüchtlingsverbände, Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen etc. Die AG Kirchliche Flüchtlingsarbeit Hamburg der Nordelbischen Kirche hat die Entscheidung des Senats, keine unabhängige Härtefallkommission einzurichten, scharf kritisiert und ein eigenes Konzept vorgelegt. Im Folgenden ihre Presseerklärung vom 12.1.

bab ■

Kirchliche Flüchtlingsarbeit fordert echte Härtefallkommission. Vorschlag des Senats wird als ungenügend abgelehnt

Die Arbeitsgemeinschaft Kirchliche Flüchtlingsarbeit Hamburg lehnt das am Dienstag von Innensenator Nagel angekündigte Modell einer Härtefallkommission für Hamburg ab und legt ein eigenes Konzept vor.

Eine dem Eingabenausschuss untergeordnete Härtefallkommission würde weder den rechtlichen Anforderungen des Aufenthaltsgesetzes noch den Qualitätsansprüchen professioneller Beurteilung von humanitären Einzelfällen entsprechen.

Hamburg benötigt dringend eine fachkompetent besetzte Härtefallkommission. Täglich machen restriktive und humanitäre Belange ignorierende Verwaltungsentscheidungen über die Abschiebung von hier geborenen und/oder aufgewachsenen Kindern, hier gut integrierten Familien, kranken oder in ihrem Herkunftsland aus anderen Gründen überlebensgefährdeten Menschen Schlagzeilen. Die Spekulation Innensenator Nagels, dass jährlich lediglich bis zu 20 humanitäre Härtefälle zu entscheiden wären, geht vollkommen an der realen Bedarfslage vorbei.

Die vielfältigen Erfahrungen der Beratungsstellen lehrten auch, dass den Mitgliedern einer potentiellen Härtefallkommission ein hohes Maß an interkultureller, asyl- und ausländerrechtlicher und zielgruppenspezifischer Fachkompetenz und vor allem Zeit abverlangt werden müsse. Alles Kriterien, die bekanntermaßen bei Bürgerschaftsabgeordneten nicht zur regelmäßigen Grundausstattung gehören.

Andere Bundesländer machen seit Jahren gute Erfahrungen dabei, dem hohen Kompetenzbedarf durch Einbindung von fachlich versierten VertreterInnen der Kirchen, der Verbände und Migrationsfachstellen in ihre Härtefallkommissionen gerecht zu werden.

Diese Erfahrungen und die bestehenden fachlichen Bedarfe berücksichtigend, befürworten die kirchlichen Flüchtlingseinrichtungen für Hamburg die Schaffung einer echten Härtefallkommission als eigenständiges Gremium, die von je zwei VertreterInnen der Innenbehörde, der Religionsgemeinschaften, der Wohlfahrtsverbände und von Migrationsfachstellen gebildet wird. Eine bei der Innenbehörde eingerichtete Geschäftsstelle müsste den Zugang der Anrufenden zur Härtefallkommission in jedem Einzelfall gewährleisten. ■

Keine Auslieferung des kurdischen Politikers Dr. Remzi Kartal an die Türkei!

Der kurdische Politiker Dr. Remzi Kartal ist auf Ersuchen der Türkei am 22. Januar 2005 in Nürnberg von der deutschen Polizei festgenommen worden. Er wollte dort an einer Kulturveranstaltung teilnehmen. Kartal droht jetzt die Auslieferung an die Türkei, wo er wegen seines gewaltfreien politischen Engagements für die Rechte der Kurden als „Terrorist" gesucht wird. Remzi Kartal war ehemaliger Abgeordneter des türkischen Parla-

ments für die prokurdische Demokratiepartei DEP. Er lebt seit 1994 in Brüssel, weil in der Türkei durch das Verbot der DEP und der Verhaftung ihrer Abgeordneten keine Basis für eine legale politische Betätigung mehr vorhanden war. Seitdem setzt er in Europa seinen demokratischen Kampf in unterschiedlichen Institutionen, wie dem Kurdistan Nationalkongress und zuletzt als stellvertretender Vorsitzender des Volkskongress Kurdistan KONGRA-GEL fort. Die kürzlich nach zehnjähriger Haft freigekommene ehemalige DEP-Abgeordnete Leyla Zana wurde wegen ihres Eintretens für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage mit dem Friedenspreis des Europaparlaments ausgezeichnet. Für das gleiche Engagement droht ihrem Kollegen Remzi Kartal jetzt die Auslieferung als angeblicher „Terrorist" an die Türkei.

Remzi Kartal ist in Belgien als Flüchtling anerkannt. Wenn sich deutsche Behörden über diesen Flüchtlingsstatus in einem Nachbarland hinwegsetzen, ist dies ein eklatanter Bruch internationalen Rechts. Gerade erst hat der Gerichtshof in Den Haag die Auslieferung der in Holland lebenden Nuriye Kesbir mit der Begründung abgelehnt, ihr würden als bekannter kurdischer Politikerin in der Türkei Misshandlung und Folter drohen. Dasselbe gilt für Remzi Kartal, wenn er an die Türkei ausgeliefert werden sollte.

Mit dem jetzigen Vorgehen erschwert die Bundesrepublik Deutschland eine demokratische Lösung der kurdischen Frage. Gleichzeitig schadet sie den Demokratisierungsbestrebungen in der Türkei und leistet der Folterpraxis, den Menschenrechtsverletzungen, sowie der Assimilations-, Verleugnungs- und Vernichtungspolitik des türkischen Staates gegenüber den Kurden Vorschub.

Wir fordern die Bundesregierung und die Bayerische Landesregierung auf, eine Auslieferung Remzi Kartals an die Türkei zu verhindern und ihn unverzüglich frei zu lassen.



Den Tag der Befreiung erlebte in Auschwitz kein einziger Roma...

Denn bereits am 2. August 1944 waren die letzten 3000 Angehörigen der Minderheit ins Gas geführt worden. Ihr verzweifelter und mutiger Aufstand gegen die drohende Vernichtung im Mai 1944 war niedergeschlagen worden.

Jedes Jahr besuchen Tausende von Roma das ehemalige KZ und gedenken vor den Trümmern der gesprengten Gaskammern ihrer Toten. Roma erleben es als furchtbar, dass sie für ihre ermordeten Angehörigen keine Grabstätte haben können, wo sie die Zwiesprache mit den da liegenden Toten fortsetzen. Welche Bedeutung solche Gräber für Roma und Sinti haben, kann man auf dem Kölner Westfriedhof erkennen, wo große Marmorgräber von der Verehrung für ihre Ahnen zeugen.

1000 Sinti und Roma waren am 16. Mai 1940 unter den Augen der Kölner Bürger in die Lager verschleppt worden, unter tatkräftiger Beihilfe von Stadt-Kölner Beamten, von Kölner Polizisten und Kölner Krankenschwestern, die für die Entlausung in der Messe zuständig waren.

Viele der unter uns lebenden Roma haben bei uns vor den Balkankriegen Zuflucht gesucht. In Belgrad verkündete der deutsche Oberbefehlshaber schon 1942 stolz „Serbien ist das einzige Land, in dem die Juden- und Zigeunerfrage gelöst ist". Die Nachkommen der wenigen Überlebenden leben heute unter uns. Viele überlebten, weil sie noch rechtzeitig flüchten konnten oder von Partisanen geschützt wurden. Aber viele waren auch zu Waisen geworden und mussten sich bettelnd durchschlagen. Weil die Nachkriegszeit auf dem Balkan wie bei uns diese überlebenden „Zigeuner" weiter diskriminierte, schafften es nur wenige sich zu integrieren.

Heute haben wir die Chance etwas gutzumachen, so wie es für jüdische Überlebende glücklicherweise längst selbstverständlich ist, von denen über 100.000 Bleiberecht bekommen haben. Die Vorsitzende des Rom e.V. Frau Pfarrerin Renate Graffmann fordert deshalb:

„Wir erwarten von den Kölner Behörden, dass endlich für die seit teilweise 15 Jahren in Köln „geduldeten" Romafamilien ein fester Aufenthalt möglich gemacht wird. Denn die ständige Abschiebedrohung vereitelt alle Integrationsanstrengungen. Wir fordern vor allem, dass die Stadt auch endlich jene Kinder in Ruhe lässt, die in den pädagogischen Einrichtungen betreut werden, die das Kölner Jugendamt für Romakinder initiierte. Dazu gehört auch das hoffnungsvolle Projekt „Amaro Kher" des Rom e.V.. Wie sollen die Kinder lernen und ihr Verhalten ändern, wenn sie – wie in den letzten Wochen – nachts wach bleiben und in Kleidern schlafen, weil sie damit rechnen am Morgen abgeholt zu werden. Wer diesen Schutz vor Abschiebedrohung nicht garantieren kann, will im Grunde keinen Erfolg der pädagogischen Projekte."

Köln am Vorabend des 27.1.2005
Synodalbeauftragte für Sinti und Roma Renate Graffmann, Pfarrerin i.R.
Vorsitzende des ROM e.V. ■

Kurden protestieren gegen Festnahme von Remzi Kartal

NÜRNBERG. Rund 1000 Kurden demonstrierten am Sonnabend in Nürnberg für die Freilassung des kurdischen Politikers Remzi Katal. Die von einem großen Polizeiaufgebot begleiteten Demonstranten aus mehreren süddeutschen Städten zogen vom Johanneskirchplatz im Stadtzentrum zum Justizpalast.

Der dort inhaftierte stellvertretende Vorsitzende des Kurdistan Volkskongresses Kongra-Gel war vor einer Woche in Nürnberg aufgrund eines türkischen Haftbefehls verhaftet worden.

Zusammen mit Leyla Zana wurde Remzi Kartal 1991 ins türkischen Parlament gewählt. Als seine prokurdische Demokratiepartei DEP 1994 verboten wurde, floh Kartal nach Europa, wo er in Belgien Asyl erhielt. Er setzte sich seitdem unter anderem im Kurdischen Exilparlament und dem Kurdischen Nationalkongress für eine friedliche und politische Lösung der kurdischen Frage ein. In der kommenden Woche soll ein Gericht über die Auslieferung von Kartal entscheiden. Die Türkei wirft ihm als führendem Politiker der PKK-Nachfolgeorganisation Kongra-Gel die Verantwortung für den Bombenanschlag auf ein Hotel in Istanbul im vergangenen Jahr vor. Menschenrechtsorganisationen warnen vor Folter und Misshandlungen, wenn der kurdische Politiker an die Türkei ausgeliefert werden sollte. Mehr als 50 Persöhnlichkeiten aus dem In- und Ausland, darunter Politiker von PDS und Grünen, Gewerkschafter, Hochschullehrer, Journalisten und Schriftsteller haben inzwischen einen Aufruf gegen die Auslieferung von Kartal unterzeichnet.

Nikolaus Brauns ■

Aktionen der Friedensbewegung am 12. Februar in München und am 23. Februar in Mainz:

Für Frieden und Gerechtigkeit weltweit

Die jährlich stattfindende so genannte Sicherheitskonferenz in München ist ein Treffen von Regierungsvertretern aus den NATO-Staaten, von Militärstrategen, Generälen und Rüstungsexperten. Die im Nobelhotel Bayerischer Hof hinter verschlossenen Türen tagenden und von einer gigantischen Polizeimacht geschützten EU- und NATO-Repräsentanten behaupten, bei der Konferenz gehe es um Frieden und internationale Sicherheit. Das Gegenteil ist der Fall: Hier werden Militärstrategien koordiniert, Pläne für gemeinsame Kriegseinsätze abgesprochen und Kriegskoalitionen für Angriffskriege geschmiedet. 1999 war es der NATO-Krieg gegen Jugoslawien, 2002 der sogenannte „Krieg gegen den Terror", 2003 ging es um die Beteiligung am Angriffskrieg gegen den Irak und 2004 stand die Besatzungsherrschaft im Irak auf dem Programm. Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Welt, insbesondere der USA, Deutschlands und der anderen EU-Staaten, beanspruchen für sich das Recht „auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt". Sie wollen ihre wirtschaftlichen Interessen und ihre globalen Machtansprüche notfalls mit militärischer Gewalt gegen den Rest der Welt durchsetzen. Folgen einer solchen Gewaltpolitik sind globale Verarmung, Zerstörung demokratischer und sozialer Rechte und die Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen. Die Kriege der jüngsten Zeit haben dies gezeigt. Wir wenden uns gegen ein System, das sich ausschließlich am Profit orientiert und das sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht. Dazu gehören die hermetische Abschottung der Außengrenzen der EU und der USA gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen – und in Deutschland: rassistische AusländerInnengesetze, die Abschaffung des Asylrechts, Naziterror und Mord. Seit Jahren ist der konsequente Aufbau eines militärischen Drohpotentials Bestandteil der EU-Politik. Dazu gehört unter anderem auch die in der vorgesehenen EU-Verfassung festgeschriebene Verpflichtung zur Aufrüstung: So werden in Deutschland für neue Rüstungsprogramme in den nächsten zehn Jahren 150 Mrd. Euro veranschlagt. Bereits heute ist Deutschland drittgrößter „Truppensteller" bei internationalen Militäreinsätzen. Militarisierung nach außen und Demontage des Sozialsystems nach innen sind zwei Seiten einer Medaille: Mit der Durchsetzung von „Agenda 2010" und „HartzIV" betreibt die Allianz aus Unternehmern, Kapitaleignern und der großen parlamentarischen „Reformkoalition" (CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP) mit dem Argument der globalen Standortkonkurrenz Sozialkahlschlag. Weltweiter Protest gegen diese menschenfeindliche Politik der kapitalistischen Globalisierung hat sich entwickelt, wo immer sich die neoliberalen Kriegs- und Wirtschaftsstrategen trafen: in Seattle, Genua, Prag, Davos, Barcelona und München, aber auch durch die seit Porto Alegre entstandene Sozialforumsbewegung.....

Samstag, 12. Februar 12 Uhr, München, Marienplatz, Demonstration zum Tagungsort der Militärstrategen

Aktionsbündnis gegen die Nato-Sicherheitskonferenz, Infos: www.no-nato.de / www.muenchner-friedensbuendnis.de / www.attac-muenchen.org www.muenchen-gegen-krieg.de

Pressekonferenz des Aktionsbündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz

„Friedenswatte"

Während Horst Teltschik, der Veranstalter der sogenannten 41. Münchner Sicherheitskonferenz vom 11. bis 13. Februar, mit „höchster politischer Prominenz" für das Treffen der Kriegsstrategen wirbt, bereitet die Antikriegsbewegung sich auf Proteste vor.

Erstmals werden Bundeskanzler Gerhard Schröder, Bundespräsident Horst Köhler sowie der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan an der Tagung von Verteidigungsministern, hochrangigen Militärs und Rüstungslobbyisten teilnehmen, hatte Teltschik angekündigt. Die Gegner der Konferenz können dagegen auf die stolze Zahl von über 60 Organisationen von anarchistischen und kommunistischen Gruppen über die PDS bis zu Pax Christi und dem Verdi-Bezirk München verweisen, die sich im Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz zusammengeschlossen haben.

Inzwischen bestimmten die Kritiker die Agenda der Sicherheitskonferenz, mutmaßte der parteilose Abgeordnete der europäischen Linksfraktion Tobias Pflüger auf einer Pressekonferenz des Bündnisses am Montag 24. Januar in München. Teltschik sei durch die Proteste der Friedensbewegung in den vergangenen Jahren gezwungen worden, die Kriegskonferenz in „Friedenswatte" zu verhüllen. So steht das Treffen unter dem Motto „Frieden durch Dialog" und UN-Generalsekretär Kofi Annan soll mit einer Friedensplakette ausgezeichnet werden. Trotz dieser geänderten Außendarstellung gehe es um die Planung derzeitiger und zukünftiger Kriege, so Pflüger, der in diesem Zusammenhang insbesondere an die jüngsten Drohungen der US-Regierung gegen den Iran erinnerte.

Die Proteste des Aktionsbündnisses richteten sich ausdrücklich nicht gegen UN-Generalsekretär Kofi Annan, erklärte Demo-Organisator Claus Schreer. Verschiedene Friedensorganisationen fordern Annan allerdings dazu auf, seine Zusage für die Teilnahme an der Konferenz zurückzuziehen. „Im Ergebnis würde Ihre Teilnahme an dieser Konferenz, sowohl von den Veranstaltern als auch in der Öffentlichkeit, als Billigung der militär- und machtpolitischen Ziele der NATO interpretiert werden", heißt es in einem offenen Brief des Bündnisses „München gegen Krieg".

Nach dem Abklingen der Proteste gegen den Irak-Krieg käme man sich heute als Kriegsgegner wieder wie ein „Außenseiter" vor, beklagte sich Liedermacher Konstantin Wecker, der bereits in den letzten Jahren gegen die Sicherheitskonferenz auf die Straße ging. Es gelte die Kriegsgefahr wieder ins Bewusstsein der Bürger zu tragen und ein Diskussionsklima über Wege zum Frieden zu schaffen, warb Wecker für eine von pazifistischen Gruppen organisierte Friedenskonferenz am 11. Februar und die Großdemonstration am folgenden Tag. Obwohl der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude die städtische Unterstützung für die Friedenskonferenz davon abhängig machte, dass die DKP als Mitveranstalter sowie ein Satz, der die Angriffskriege der Bundesregierung thematisierte, aus dem Aufruf gestrichen wurde, sieht Wecker in Ude „durchaus einen Verbündeten".

„Einmütig" habe der Vorstand des Verdi-Bezirks München die Teilnahme der Gewerkschaft an den Protesten gegen die Sicherheitskonferenz beschlossen, berichtete der stellvertretende Münchner Verdi-Vorsitzende Ernst Antoni. Hochrüstung und Kriege nach außen seien die andere Seite der Medaille von Sozialabbau im Inland, so Antoni. Schließlich habe Bundesverteidigungsminister Struck selber erklärt, die Agenda 2010 würde auch dem Verteidigungshaushalt mehr Raum geben.

Als Erfolg der Antikriegsbewegung bezeichnete Pflüger die Ankündigung Donald Rumsfelds, nicht wie in den Vorjahren an der Sicherheitskonferenz teilzu-

nehmen. Offensichtlich ist der US-Verteidigungsminister wegen einer gegen ihn laufenden Strafanzeige beim Bundesgeneralanwalt wegen seiner mutmaßlichen Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit dem Irakkrieg verstimmt. Das Ermittlungsverfahren, dessen Stichhaltigkeit noch von der Bundesanwaltschaft überprüft wird, geht auf eine Strafanzeige der Menschenrechtsorganisation „Center for Constitutional Rights" in New York zurück. Die USA werden auf der Münchner Konferenz durch die Nummer Drei des Pentagon Douglas J. Feith vertreten sein. Der neokonservative Hardliner Feith gilt als der zentrale Planer des Angriffs auf den Irak.

Nick Brauns ■

Bush in Europa unerwünscht

Anlässlich des Besuchs des US-Präsidenten George W. Bush in Deutschland wird es nicht nur in Mainz, wo Bush Station macht, Massenproteste geben, sondern auch in vielen anderen Orten der Bundesrepublik und in anderen europäischen Ländern. „Not Welcome, Mr. Bush!", ist der Aufruf überschrieben, auf den sich die Friedensbewegung geeinigt hat. Zu diesem Ergebnis kam eine Aktionskonferenz, zu der der Bundesausschuss Friedensratschlag am Wochenende nach Kassel eingeladen hatte. Während bei einem regionalen Treffen in Mainz zur selben Zeit die große Bush-Demo am 23. Februar vorbereitet wurde, berieten die Vertreter zahlreicher Friedensinitiativen und Organisationen in Kassel, wie der Protest gegen die US-Kriegspolitik im ganzen Land verbreitet werden könne. Die Versammlung beschloss, am 22. Februar, dem Tag, an dem Bush in Europa ankommt, landesweit zu Aktionen aufzurufen. Am Tag darauf soll dann die Großdemonstration in Mainz unterstützt werden.

Die Friedensaktivisten waren sich darin einig, dass die jüngsten militärischen Drohgebärden gegenüber dem Iran Ernst zu nehmen sind. Die US-Administration habe sowohl in ihrer Militärdoktrin vom „Präventivkrieg" als auch in ihrer Praxis (Afghanistan, Irak) gezeigt, dass sie weder auf das Völkerrecht, noch auf die Vereinten Nationen oder auf ihre NATO-Bündnispartner Rücksicht nimmt, wenn sie ihre eigenen ökonomischen und geostrategischen Interessen verfolgt. Gegen diese rohe Machtpolitik der USA müssten die Regierungen der Europäischen Union klipp und klar Nein sagen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle Maßnahmen, die die USA auf dem Schlachtfeld Irak entlasten, sofort einzustellen und dem US-Präsidenten die 2001 versicherte „uneingeschränkte Solidarität" im sog. Kampf gegen den Terrorismus aufzukündigen. Mit Genugtuung registrierte die Friedensbewegung, dass US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld seinen Besuch bei der bevorstehenden Münchner Sicherheitskonferenz (12./13. Februar) abgesagt hat. Diese Absage ist offenbar darauf zurückzuführen, dass beim Generalbundesanwalt eine Klage gegen Rumsfeld wegen dessen Verantwortung für den Folterskandal im Irak eingereicht wurde. Rumsfeld werde, so ist aus Washington zu vernehmen, Deutschland nicht betreten, solange diese Klage nicht zurückgewiesen wird. Zu hoffen ist, dass eine entsprechende Klage auch gegen den obersten Repräsentanten der USA eingereicht würde. Gründe dafür gibt es zuhauf. Sollte eine solche Klage dazu führen, dass auch Bush seinen Besuch in Deutschland absagt, dann wäre die Friedensbewegung zwar um ein „event" ärmer, die USA aber um eine Erfahrung reicher: dass sich die Menschen in aller Welt gegen die fortgesetzte Gewaltpolitik der USA erfolgreich zur Wehr zu setzen beginnen.

Bundesausschuss Friedensratschlag: Peter Strutynski ■

Infos zu Mainz: www.notwelcomebush.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Treffen zu Karfreitag 2005 in Dortmund

Das Internationale Rombergparkkomitee und VVN-BdA NRW rufen auf zur Begegnung der Hinterbliebenen des Nazi-Terrors von 1945

Kurz bevor die Befreiung von Krieg und Faschismus kam, wurden in beispiellosem Terror im Frühjahr 1945 viele Tausend Antifaschistinnen und Antifaschisten von den Nazis mit in den Untergang gerissen. Sie sollten von der Mitgestaltung einer Nachkriegszeit ohne Nazis und Militaristen ausgeschlossen werden. Während im Reichskanzleibunker der Führer auf seine Weise abdankte, suchten zahlreiche Naziführer und Vertreter der Militär- und Wirtschaftseliten das Weite – nicht ohne zuvor die Vernichtung unzähliger deutscher und ausländischer Antifaschisten zu organisieren. Nach dem 8. Mai 1945 nahmen sie dann weiterhin Einfluss auf die Entwicklung im Lande.

Im Januar 1945 hatten Gestapoleitstellen auf Anweisung des Reichsführers SS Heinrich Himmler und des Gestapo-Chefs Heinrich Müller vom Berliner Reichssicherheitshauptamt die Gestapokommandos und SS-Führungen angewiesen, „umstürzlerischer" Betätigung deutscher Linker und ausländischer Arbeiter vorzubeugen – per Massenerschießungen. „Die Betreffenden sind zu vernichten", hieß es in Befehlen dazu. Rund 8000 deutsche Soldaten wurden als „Fahnenflüchtige" in den letzten Kriegsmonaten 1945 standrechtlich erschossen. Diese Massenmorde wie auch die Massaker in den Konzentrationslagern und auf den Todesmärschen von den KZ nach Westen entsprachen dem Nachkriegs- und Überlebenskonzept des deutschen Faschismus. Gestapo-Chef Heinrich Müller versicherte der Frau von Graf Moltke: „Wir werden nicht den gleichen Fehler machen, der 1918 begangen wurde; wir werden unsere innerdeutschen Feinde nicht am Leben lassen." Und der Reichsführer SS Heinrich Himmler drohte im März 1945: „Sie werden mit uns verrecken!"

Das Internationale Rombergparkkomitee, unterstützt von der VVN-BdA in NRW, plant für 2005 die Kontaktaufnahme zu Gruppen aus möglichst vielen Orten mit Kriegsendphasenopfern. Diese Kontakte sollen durch Vernetzung, durch Korrespondenzen, aber auch durch ein Treffen von Hinterbliebenen und ihren Mitstreitern in Dortmund hergestellt werden.

Interessenten melden sich bei Gisa Marschefski, Generalsekretärin des Internationalen Rombergparkkomitees, 44309 Dortmund, Caesariusstr. 3, Tel. 0231 - 25 85 45. e-Mail: vvn-bdanrw@freenet.de.

mehr Infos: www.nrw.vvn-bda.de ■

REP NRW kandidieren

Zum Neujahrsempfang der REP NRW kamen nach Eigenangaben ca. 160 Teilnehmer nach „Schacht Bismarck“ in Gelsenkirchen. In ihrem Rückblick auf das Jahr 2004 verwies die Landesvorsitzende Uschi Winkelsett auf die Erfolge bei der Kommunalwahl, die eine Verdreifachung der Mandate gebracht habe. Die Aufstellung der 128 Direktkandidaten für die Landtagswahlen in Mai sei bereits so gut wie abgeschlossen, die Sammlung der benötigten 15.000 Unterstützungsunterschriften laufe auf Hochtouren.Winkelsett kündigte „einen furiosen Wahlkampf“ an, dessen Höhepunkt eine Großveranstaltung mit dem Bundesvorsitzenden, Dr. Rolf Schlierer, sowie Gastrednern von der flämischen Nationalpartei „Vlaams Belang“ bilden werde.

PM REP-NRW, 31.1.05 ■

NPD wirbt Republikaner ab – 5-Jahresvereinbarung mit der DVU

Junge Freiheit Nr. 4/05 vom 21. Jan. 2005

Das Blatt berichtet, dass die Republikaner in den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Sachsen kaum noch existent seien, der Hamburger Landesverband habe seine Auflösung vollzogen, die ehemalige Vorsitzende des sächsischen Landesverbandes sei inzwischen Angestellte der NPD-Landtagsfraktion. Nach dem Verlust der Landtagsmandate in Baden-Württemberg im Jahr 2001 seien die Republikaner mancherorts kaum noch präsent. Der Abgrenzungsbeschluss gegen die NPD, gefasst auf dem Bundesparteitag im November, bewegte manche ehemaligen oder Noch-Mitglieder der Republikaner zu einem Aufruf, bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein „und darüber hinaus“ die NPD zu unterstützen. Das Blatt berichtet weiter: „Im kommenden Frühjahr wollen, so war aus Republikanerkreisen zu erfahren, verschiedene Kleinparteien einen gemeinsamen Kongress der demokratischen Rechten abhalten, um ihr Vorgehen abzustimmen, Mitglieder zu motivieren und Spender zu gewinnen. NPD und DVU haben derweil eine 5-Jahres-Vereinbarung geschlossen, in der sie ein gemeinsames Vorgehen bei den nächsten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen vereinbart haben. Zu den Bundestagswahlen 2005 soll die NPD kandidieren, zur Europawahl 2009 die DVU.“ Wie lange der Pakt hält, wird erheblich von den Wahlergebnissen der nächsten Landtagswahlen abhängen, das heißt auch davon, ob es den antifaschistischen Kräften gelingt, erfolgreich gegen die Wahl der Rechtsextremen zu mobilisieren.

JF kokettiert mit der NPD

Junge Freiheit Nr. 5/05 vom 28. Jan. 2005

Unter der Überschrift „Falsche Antworten – die NPD provoziert in Dresden und hat – teilweise – recht“ kommentiert Chefredakteur *Dieter Stein* den Auftritt der NPD-Abgeordneten am 21. Januar in Dresden: „Dass die NPD-Abgeordneten den NS-Opfern die Ehrung verweigerten, ist unerhört. Mit dem im Landtag provozierten Eklat, zu dem die Reaktion der übrigen Fraktionen beigetragen hat, wurde aber ein Schlaglicht darauf gerichtet, dass es in Deutschland noch immer an der Fähigkeit mangelt, aller Opfer – das heißt auch aller eigenen Opfer zu gedenken. Das Ausmaß der Irritation und der hysterischen Reaktion auf den Dresdner Eklat rührt auch daher, dass die NPD offenkundig einen wunden Punkt berührt hat ... Je lauter nun anstelle einer ernsten inhaltlichen Auseinandersetzung hysterisch über Verbote und Diskriminierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der NPD diskutiert wird, desto größer wird ihre demokratische Existenzberechtigung. Die NPD ist das lebende schlechte Gewissen der übrigen Parteien, die Existenzfragen des Volkes vernachlässigen – in der Zuwanderungsfrage, bei den Folgen der Globalisierung, der Frage staatlicher Souveränität.“

Die immer unverhohlener an die NSDAP-Vorgänger anknüpfende NPD als „schlechtes Gewissen“ der Demokratie zu bezeichnen zeugt davon, dass Stein sie als ernstzunehmenden Bündnispartner unter den rechtsextremen Kräften betrachtet – etwas, das das Blatt in den letzten Jahren vermieden hat.

JF dokumentiert Landtagsdebatte Sachsen

Junge Freiheit Nr. 6/05 vom 4. Feb. 2005

Das Blatt dokumentiert aus dem Protokoll der 8. Sitzung des sächsischen Landtags die Debatte über den Antrag der NPD-Fraktion „Verhalten der Sächsischen Staatsregierung und des Landtages zur Erinnerungs- und Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der angloamerikanischen Terrorangriffe auf die sächsische Landeshauptstadt Dresden“. Abgesehen davon, dass Dresden im Jahr 1945 mitnichten sächsische Landeshauptstadt war und die Flächenbombardements der Alliierten am Ende des 2. Weltkrieges die Antwort auf das Mordbrennen der Wehrmacht in ganz Europa und Nordafrika waren, zeigt sich in der Debatte, welche Geschichtsfälschungen die NPD verbreiten will. Holger Apfel behauptet, die USA seien die wahren Mordbrenner der Geschichte: „Die gleichen, die damals keine Skrupel hatten, Abertausende Zivilisten kaltblütig umzubringen, kennen auch heute keine Skrupel. Von Dresden über Korea, Vietnam und Bagdad zieht sich eine Spur durch das 20. Jahrhundert ... Die gleichen Massenmörder, die am 13. Februar Dresden ausgelöscht haben, sind heute drauf und dran, neue Kriege vom Felde zu ziehen.“ Und Jürgen Gansel, NPD: „Der Bomben-Holocaust von Dresden steht ursächlich weder im Zusammenhang mit dem 1. September 1939 noch mit dem 30. Januar 1933. Die Pläne zur Vernichtung des Deutschen Reiches existierten nämlich schon lange, bevor in Versailles der erste Nationalsozialist geboren wurde.“ Holger Apfel gibt das Versprechen ab, „dass wir Nationaldemokraten nicht eher ruhen werden, bis bei uns in Deutschland keine neuen Gedenkstätten zur Anklage gegen das deutsche Volk gebaut werden ... Wir werden nicht eher ruhen, bis der 13. Februar in Deutschland zum offiziellen Feiertag, zum offiziellen Gedenktag für die Opfer von Krieg und Vertreibung ernannt wurde.“ Die NPD knüpft damit an die Propaganda der NSDAP gegen die Versailler Verträge an und versucht eine ähnliche Kampagne zu starten, die an Antiamerikanismus und Nationalismus anknüpft.

uld ■